



ایران رپورت

Iran-Report

07/20

Juli 2020 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	12
Wirtschaft	14
Aussenpolitik	19

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
19. Jahrgang

INNENPOLITIK

Mussawi Choini warnt Chamenei: Die Menschen haben den Glauben an den Staat verloren / Großer Korruptionsskandal in Justiz / Angeklagter Richter in Bukarest tot aufgefunden / Angst vor einer zweiten Corona-Welle / Haschemi wirft dem Regime Doppelmoral vor / Abgeordneter spricht von 230 Toten bei Demonstrationen im November / Drei Teilnehmer bei den Novemberunruhen zum Tode verurteilt / Verschärfung der Repressionen gegen Mitglieder der Bahai-Gemeinde / Revolutionsgarden sollten sich nicht in die Wirtschaft einmischen / Ehemaliger Präsident mit neuen Ambitionen / Todesurteil gegen einen „Verräter“

MUSSAWI CHOINI WARNT CHAMENEI: DIE MENSCHEN HABEN DEN GLAUBEN AN DEN STAAT VERLOREN

Mussawi Choini, ein alter Weggefährte von Ayatollah Chomeini und Generalsekretär der „Versammlung kämpfender Geistlichkeit,“ hat Revolutionsführer Ali Chamenei in einem Brief vor der „tiefen und weitverbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung“ gewarnt. Seine Einschätzung beruhe auf vorliegenden Analysen, Berichten und auf all dem, was er selbst beobachtet und gehört habe, schreibt der Geistliche. Choini erwähnt den täglichen Anstieg der Inflation und die ständig sinkenden Familieneinkommen. „Diese Menschen spüren zu tiefst die unleugbare Ungerechtigkeit, sie sind mit der politischen und kulturellen Entwicklung des Landes höchst unzufrieden,“ schreibt er weiter.

Choini, der zu den einflussreichsten reformorientierten Geistlichen in Iran gehört, macht Chamenei für die „unhaltbaren Zustände im Land“ verantwortlich. Grund der Misere seien nicht einzelne Entscheidungen der Verantwortlichen, die eine Zeit lang ein Amt übernehmen und wieder gehen. „Der Blick der Bürger richtet sich auf die höchste Instanz, die für grundlegende Entscheidungen verantwortlich ist.“ Choini war Träger hoher Ämter. Eine Zeit lang war er Oberstaatsanwalt, dann Vizepräsident des Parlaments. „Die Menschen hatten durchaus Verständnis für Zwänge und Einschränkungen, die nach dem Sieg der Revolution notwendig wurden. Doch zugleich hätten sie erwartet, dass die Führung des Staates, insbesondere die oberste Führung, Methoden und Wege wählt, die nicht zum heutigen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Chaos führen würden,“ schreibt Choini.

GROßER KORRUPTIONSSKANDAL IN JUSTIZ

Akbar Tabari, ehemaliger Stellvertreter des Justizchefs, und weitere 21 Richter, Staatsanwälte und ranghohe Angestellte der Justiz stehen seit dem 7. Juni vor Gericht. Ihnen werden „maßlose Korruption, Vorteilnahme im Amt, dunkle Machenschaft und Vetternwirtschaft“ vorgeworfen. Mindestens vier der Angeklagten befinden sich im Ausland. Vier weitere wurden gegen eine Kautionsaus dem Gefängnis entlassen, darunter Staatsanwalt Ghassemsadeh, zuständig für Medien, der für die Verurteilung zahlreicher Journalisten verantwortlich ist. Er war es auch, der die Zensur des Internetdienstes Telegram anordnete.

Staatsanwalt Rassul Ghahremani erklärte zu Beginn der Verhandlungen, die Angeklagten hätten zahlreiche Straftaten in Bereich Korruption, Amtsmissbrauch, Veruntreuung von Finanzen und dergleichen mehr begangen. Zu diesem Zweck habe Tabari ein Netzwerk von Personen gebildet. „Tabari, der erste Angeklagte, hat im Verlauf seiner 20-jährigen Dienstzeit zahlreiche Straftaten vom erheblichen Ausmaß begangen,“ sagte er. „Nicht nur er selbst ist auf Abwege geraten, er hat es auch verhindert, dass große Betrüger von der Justiz zur Rechenschaft gezogen werden. So wurde sein Büro zu einem Ort, an das große Straftäter sich wenden konnten, um von gerichtlicher Verfolgung verschont zu werden. Er übte starken Einfluss auf Prozessakten der wirtschaftlichen und politischen Straftäter.“ Tatsächlich hatte Tabari innerhalb der Justiz großen Einfluss. Ihm wurde zwar immer wieder Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen, aber zu einer gerichtlichen

Verfolgung kam es nie. Er trat so gut wie nie in der Öffentlichkeit auf, nur selten war sein Bild in den Medien zu sehen. Nach seiner Entlassung vor etwa anderthalb Jahren, wurde er vor wenigen Wochen von Revolutionsgarden festgenommen. Ein weiterer Angeklagter ist Mostafa Nias Asari. Laut Staatsanwalt hat er zehn Scheinfirmen im In- und Ausland gegründet. Er habe sich mit Hilfe Tabaris durch Devisenschmuggel, Scheinimporte und gefälschte Bankunterlagen einen enormen Reichtum angehäuft, sagte der Staatsanwalt. Inzwischen sei er ins Ausland geflüchtet. Die Flucht sei ihm gelungen, indem er Tabari ein 15.000 Quadratmeter großes Grundstück in Teheran und eine zweitstöckige Luxusvilla am Kaspischen Meer schenkte. Ein weiterer Angeklagter, Rassul Danialsadeh, ein großer Stahlhändler, erreichte durch Vergabe an hohen Bestechungssummen an Tabari, dass die Justiz auf seine Verfolgung verzichtete. Danialsadeh ging zunächst ins Ausland, wurde jedoch später von Revolutionsgarden zur Rückkehr aufgefordert. Dafür und für seine Kooperationsbereitschaft wurde ihm mildere Strafe in Aussicht gestellt. Er bekam gegen eine hohe Kautionshaftung eine Haftverschonung.

Tabari war Stellvertreter des früheren Justizchefs Sadegh Laridschani, der vorzeitig sein Amt niederlegte. Laridschani hat sich in all den Jahren, in denen er Justizchef war, schützend vor Tabari gestellt. Sogar kurz vor seinem Abgang ließ er sein Büro erklären, er habe „unabhängig von den Behörden“ die Vorwürfe gegen Tabari geprüft. Er sei überzeugt, dass diese abwegig und unzutreffend seien. Diese uneingeschränkte Unterstützung wirft für viele die Frage auf, warum bei dem Prozess von der Rolle Laridschani keine Rede ist. Doch keiner der Verantwortlichen wagt die Konsequenzen aus dieser Frage zu ziehen. Denn, wenn man bedenkt, dass Laridschani, der als Justizchef vom Revolutionsführer ernannt wurde, zu dessen herausragenden Schützlingen gehört, müsste man auch nach der Rolle Chameneis bei dem Skandal fragen. Zu bemerken ist, dass Laridschani vorzeitiger Abgang nicht auf Wunsch des Revolutionsführers erfolgte. Vielmehr hatte Chamenei ihn bereits sechs Tage nach dem Tod von Mahmud Schahrudi, des Vorsitzenden des Schlichtungsrats, zu dessen Nachfolger ernannt. Wenige Wochen danach bat Laridschani den Revolutionsführer, ihn von seinem Posten als Justizchef zu entlassen, damit er sich den wichtigen Aufgaben seines neuen Amtes widmen könne.

Laridschani war fast zehn Jahre Justizchef. Während dieser Zeit gab es immer wieder, vor allem wegen Korruption und Amtsmissbrauch, Vorwürfe gegen ihn und seinen Stab. Doch jedes Mal stellte sich Chamenei schützend vor ihn. Er bezeichnete ihn als eine „herausragende Persönlichkeit, mit hohem Wissen und Einfallsreichtum. Er sei integer und höchst motiviert, voller Energie, mutig und besitze einen starken Willen.“ Mit ihm an der Spitze der Justiz könne man gewiss sein, dass das gesamte Rechtssystem in der Islamischen Republik vorzüglich funktioniere. Selbst als ein weitreichender Korruptionsskandal, in den Laridschani selbst verwickelt war, entdeckt wurde, übte Chamenei Schelte gegen unabhängige und vor allem ausländische Medien, die „durch Verbreitung von Unwahrheiten, die Justiz diffamieren“ wollten.

Als die Vorwürfe gegen Laridschani seine Position als Justizchef gefährdeten, veröffentlichte er einen offenen Brief, in dem es hieß: „Ich bewahre in meiner Brust zahlreiche Geheimnisse und Anklagen gegen hohe Amtsträger, bekannte Politiker und Herrensöhnchen,“ will heißen, wenn ihr mir weiterhin Vorwürfe macht, packe ich aus. Solcherlei Drohungen und Gegendrohungen sind vermutlich die Gründe dafür, dass die „großen Fische“ von einer gerichtlichen Verfolgung verschont bleiben. Dennoch zeigt der Prozess, dass die in der Islamischen Republik weit verbreitete Korruption nicht einmal vor der Justiz halt macht. Immerhin geht es bei dem Prozess um mehrere Milliarden US-Dollar. Warum aber solche Fälle, die längst bekannt sind, gerade jetzt gerichtlich verfolgt werden, und zwar in einem öffentlichen Prozess und in Anwesenheit der Medien, ist nicht eindeutig zu beantworten. Einige politische Beobachter vermuten, dass es dabei um „Abrechnungen“ zwischen den Fraktionen geht. Es fällt zum Beispiel auf, dass der Laridschani-Clan, der seit Jahrzehnten zu den mächtigsten Akteuren in der Islamischen Republik gehört, an Macht verliert. Ali Laridschani, der mehr als zehn Jahre als Präsident des Parlaments tätig war, ist im neuen Parlament nicht mehr vertreten. Sein Bruder Sadegh Laridschani, der ebenfalls mehr als zehn Jahre Justizchef war, hat, wie bereits

erwähnt, den Vorsitz des Schlichtungsrats übernommen, der zwar wichtig ist, aber über weit weniger Einfluss verfügt als der Justizchef. Der dritte Bruder, Mohammad Javad Laridschani, war 14 Jahre lang Sekretär des hohen Rats für Menschenrechte der Justiz. Der ganze Clan ist inzwischen an den Rand gedrängt. Hier und da erheben sich immer wieder Stimmen, die eine gerichtliche Verfolgung der Laridschanis fordern. Die Lücke, die der Clan hinterlässt, scheint nun der neue Justizchef, Ebrahim Raisi, zu füllen. Er rückt immer weiter ins Zentrum der Macht. Auch der Prozess, den er nun gegen Tabari in Gang gesetzt hat, zeugt von der Zunahme seiner Macht. Gerüchte besagen, dass er möglicherweise als Nachfolger Chameneis gehandelt wird. Dass er nicht minder als andere korrupt ist und noch schlimmer, dass er für die Hinrichtung mehrerer Tausend Gefangene mitverantwortlich ist, scheint dabei kein Hindernis darzustellen.

Am zweiten Prozesstag bestritt Tabari sämtliche Vorwürfe gegen ihn. „Ich habe 20 Jahre lang ehrlich der Justiz gedient,“ sagte er. Zu den hohen Bestechungen, die er erhalten hat, wie zum Beispiel eine Luxusvilla in Lawasan, einem Städtchen im Nordosten von Teheran, wo fast ausschließlich Milliardäre oder Millionäre leben, sagte er, diese seien Geschenke gewesen. „Wenn ich es gewollt hätte, hätten sie mir ganz Lawasan geschenkt. Das nennt man Freundschaft.“ Dann sagte er zu dem Vorsitzenden Richter: „Es tut mir leid, wenn Sie solche Freundschaften nicht kennen. Auch ich würde für meine Freunde alles tun, was sie wünschten.“ Den Prozess bezeichnete Tabari als eine „Diffamierungskampagne.“ Die meisten Punkte der Anklage betrafen Fälle, die 10 bis 15 Jahren zurückliegen. Sie seien inzwischen ohnehin verjährt.

ANGEKLAGTER RICHTER IN BUKAREST TOT AUFGEFUNDEN

Der Geistliche Gholamreza Mansuri, einer der brutalsten Richter, der wegen Korruption angeklagt war, wurde am 19. Juni in der rumänischen Hauptstadt Bukarest tot aufgefunden. Er war einer der Angeklagten in dem Mammutprozess gegen 21 Richter und Staatsanwälte, denen Korruption vorgeworfen wird. (s. Bericht auf S. 2)

Am 14. Juni gab Justizsprecher Gholamhossein Esmaili bekannt, der flüchtige Mansuri sei in der rumänischen Hauptstadt Bukarest festgenommen worden. Seine Auslieferung verzögere sich wegen Corona-bedingter Einschränkungen. Doch er werde in den nächsten Tagen in Teheran erwartet. Iran hatte seine Festnahme und Auslieferung über Interpol veranlasst. Dem geistlichen Richter wird unter anderem vorgeworfen, in einem einzigen Fall Bestechungsgelder in Höhe von 500.000 Euro erhalten zu haben.

Berühmt berüchtigt wurde Mansuri in der Zeit als er für Medien zuständig war und zahlreiche Journalisten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt hatte. Unter anderem hatte er den Direktor des Fernsehsenders Dcham, Said Karimian, mit samt seiner gesamten Familie über längere Zeit unter schwersten Bedingungen und Qualen in Geiselhaft genommen, um ihn zu zwingen, den Sender zu schließen. Wenige Jahre später wurde Karimian in Istanbul ermordet. Aus diesen und ähnlichen Gründen reichte nun die Organisation Reporter ohne Grenzen beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe eine Strafanzeige gegen ihn ein. Er sollte nicht nach Iran fahren, sondern vor einem deutschen Gericht wegen willkürliche Inhaftierung und Folter von 20 Journalisten im Jahr 2013 zur Verantwortung gezogen werden. Die Organisation ging davon aus, dass Mansuri sich zur medizinischen Behandlung in Deutschland aufhielt. Tatsächlich soll er sich zunächst in Deutschland aufgehalten haben. Auch einige iranische Menschenrechtsaktivisten im Ausland reichten Strafanzeigen gegen ihn ein. Indes veröffentlichte Mansuri ein Video, in dem er sagte, er sei nicht geflüchtet, er wollte so rasch wie möglich nach Teheran zurückkehren und sich vor Gericht verteidigen. „Ich habe eine große Hochachtung vor der iranischen Justiz und bin davon überzeugt, dass die Urteile der Gerichte fair und korrekt sind,“ sagte er.

Am 19. Juni teilte die Polizei in Bukarest mit, dass der 52-jährige Mansuri vor einem Hotel tot aufgefunden worden sei. Er sei offenbar aus dem Fenster im fünften Stock eines Hotels gestürzt. Anscheinend handele es sich um einen Selbstmord. Doch dieser Ansicht teilen viele in Iran nicht. Mansuris Anwalt, Amir Hossein Nadschaf Pursani, sagte der Zeitung

Etemad: „Mansuri war kein Mensch, der Selbstmord begeht. Sein WhatsApp war mindestens bis 15:15 Uhr aktiv. Seine Familie hatte um 11:00 Uhr mit ihm telefoniert. Er war frohen Mutes und fest entschlossen, nach Teheran zurückzukehren.“ Auch Ali Bagheri Kani, Vizejustizchef, sagte der Agentur Irna, „wir müssen abwarten, um die tatsächliche Ursache des Todes festzustellen.“ Hessam Aldin Anschna, Berater des Präsidenten, sagte: „Ich hoffe nicht, dass man den Korruptionsprozess verkürzen will. Achten Sie bitte auf die Hygiene.“ Was er damit genau meinte, sagte er nicht. Die Justiz erklärte, der Tod Mansuris werde den Prozess nicht beeinträchtigen. Das Teheraner Außenministerium forderte die rumänische Justiz und Polizei auf, den Fall genauestens aufzuklären und das Ergebnis offiziell mitzuteilen.

Der überraschende Tod Mansuris lieferte Anlass für Gerüchte und Spekulationen. In den sozialen Netzwerken wird kein Zweifel darüber gelassen, dass es sich um Mord handelt. Viele an der Korruption Beteiligten hätten befürchtet, Mansuri werde beim Gericht gründlich auspacken und wohlgehütete Geheimnisse preisgeben. Einige User äußerten sogar, es sei durchaus möglich, dass Mansuri am Leben sei und die Leiche einer anderen Person gehöre oder es gebe überhaupt keine Leiche. Am 23. Juni veröffentlichten rumänische Medien die ersten Ergebnisse der Obduktion. Ursache des Todes seien starke Verletzungen, die durch den harten Aufprall des Körpers auf eine „harte Fläche“ entstanden seien. Die Staatsanwaltschaft erklärte, sie sei dabei, Unterlagen, Beweismaterial, darunter Videoaufnahmen auszuwerten. Die Behörden in Iran machen Rumänien für den Tod Mansuris verantwortlich, was in Rumänien große Verwunderung hervorrief.

ANGST VOR EINER ZWEITEN CORONA-WELLE

Irans Gesundheitsminister Said Namaki warnte am 2. Juni vor einer zweiten Welle der Corona-Epidemie. „Sechs Provinzen befinden sich im Alarmzustand,“ sagte er. In den vergangenen 24 Stunden seien 3.117 Neuinfizierte registriert worden, 64 Personen seien gestorben. Dieser Anstieg deute auf eine neue Welle. „Wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten. Meine Prognose ist, dass wir im Herbst gleichzeitig mit Corona und Influenza konfrontiert sein werden. Dann müssen wir wieder die Schulen und Universitäten schließen. Also sollten wir die Zeit jetzt nutzen und die Regeln einhalten.“ Der Minister warnte vor „Gleichgültigkeit und Ignoranz,“ die es nicht nur in Teilen der Bevölkerung gebe, sondern auch bei einigen Verantwortlichen. Er wehrte sich gegen Pläne der Teheraner Stadtverwaltung, die wegen starker Umweltverschmutzung Einschränkungen im Verkehr verordnen wolle. Es sei besser, die Menschen benutzen ihre privaten Fahrzeuge als die überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel. In Corona-Zeiten sei Gesundheit wichtiger als Umweltschutz, sagte er. „In 27 Provinzen haben wir das Corona-Virus im Griff und sollten jetzt nicht mit solchen Debatten ein Gegentor in der 90. Minute riskieren.“

Bis Anfang Juni wurden insgesamt 157.562 Infizierte und 9.942 Tode gezählt. Den Angaben des Gesundheitsministeriums zufolge wurden 123.157 Personen wieder geheilt. Angesichts der steigenden Zahlen drohte Präsident Rohani am 3. Juni mit der Wiedereinführung der Einschränkungen. „Die Bevölkerung sollte sich im Klaren sein, dass bei einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen die Limitierungen umgehend wieder eingeführt werden,“ sagte er. Vizegesundheitsminister Iradsch Harirchi beklagte, dass die Menschen das Virus nicht mehr ernst nehmen. Zu Beginn hätten 90 Prozent der Bevölkerung vor einer Infizierung Angst gehabt, jetzt seien es nur noch 40 Prozent. Das Virus gleiche einer „tickenden Bombe,“ die Nachlässigkeit könne zu einer „Katastrophe“ führen.

Am 4. Juni erreichte die Zahl der Infizierten mit 3.574 einen neuen Höhepunkt, während die Zahl der neuen Toten mit 59 relativ niedrig blieb. Ungeachtet dieser Lage kündigte Rohani weitere Lockerungen an. „Es bleibt uns nichts anderes übrig, als gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Pandemie den Menschen auch die Aufnahme ihrer Arbeit zu ermöglichen,“ sagte er am 6. Juni. Daher sollen nun, Kitas, Kinos, Konzerte, auch Moscheen wieder unter Einhaltung der Vorschriften geöffnet werden.

Am 16. Juni meldete die Gesundheitsbehörde einen sprunghaften Anstieg der Toten. Demnach gab es innerhalb von 24 Stunden 107 Covid-19-Toten. „Das ist ein unberechenbares und wildes Virus, das uns zu jeder Zeit überraschen kann,“ sagte die Sprecherin des Gesundheitsministeriums, Sina Sadat. In Anbetracht dieser Lage forderte Vizegesundheitsminister Ali Akbar Haghdust in einem Interview mit Irna, die Einschränkungen wieder einzuführen.

Am 19. Juni war nach Angaben des Gesundheitsministeriums die Zahl der Infizierten insgesamt auf 200.262 gestiegen, die der Toten lag bei 9.392. Alle Experten führten den neuen Anstieg auf die frühzeitigen Lockerungen zurück. „Wir werden bis 2022 mit dem Corona-Virus zu tun haben,“ sagte Minister Namaki. Das Virus sei wie ein Tier, das „sowohl beißen als auch treten kann.“ Am 23. Juni wurden 121 neue Tote gezählt, die höchste Zahl seit dem 11. April. Sina Sadat gab nun die Gesamtzahl der Infizierten fast mit 210.000 an, die der Toten mit 9.863. Zwei Tage später, also am 25. Juni, kletterte die Zahl der Toten laut Gesundheitsministerium auf mehr als 10.000. Demnach wird in Iran alle 33 Sekunden ein Mensch infiziert und alle 13 Minuten ein Mensch von dem Virus getötet. Rohani verordnete nun für „alle überdachten Räume mit Menschenversammlung“ Maskenpflicht und Harirchi kündigte den Beginn der Kampagne „ich trage eine Maske“ an. „Das Tragen von Masken und die Einhaltung des Abstands müssen befolgt werden, um die Krankheit in den Griff zu bekommen,“ sagte er. Das persischsprachige Programm der BBC hat ausgerechnet, dass die Zahl der Toten und Infizierten in Iran mindestens fünfmal höher liegt als offiziell angegeben.

HASCHEMI WIRFT DEM REGIME DOPPELMORAL VOR

Faeseh Haschemi, Tochter des früheren und inzwischen verstorbenen Präsidenten, Haschemi Rafsandschani, die sich bereits des Öfteren kritisch zu den Vorgängen im Land geäußert hat, hat dem Regime der Islamischen Republik Doppelmoral vorgeworfen. Anlass war eine Stellungnahme von Revolutionsführer Ali Chamenei zu dem Tod des Amerikaners George Floyd, der von einem Polizisten brutal ermordet wurde. Chamenei hatte den Amerikanern Heuchelei im Umgang mit Menschenrechten vorgeworfen. „Sie töten Menschen in aller Öffentlichkeit, ohne sich zu entschuldigen und reden von Menschenrechten. Demnach war der Afroamerikaner, der getötet wurde, kein Mensch. ... Das ist nichts Neues. Das ist die amerikanische Natur. Das ist das, was die Amerikaner der ganzen Welt antun,“ sagte Chamenei.

Auch Präsident Hassan Rohani verurteilte den Mord scharf. „Das war ein brutaler Mord, den wir auf das Schärfste verurteilen, genauso wie das vom Weißen Haus angeordnete kriminelle Vorgehen gegen seine eigenen Bürger.“ Es sei wohl „die schlimmste Phase in der amerikanischen Geschichte, die wir derzeit sowohl in Bezug auf die Unterdrückung von Dunkelhäutigen als auch in Bezug auf die Intoleranz gegenüber Kritiker der Politik Trumps beobachten.“

„Die Ermordung eines schwarzhäutigen Amerikaners durch die Polizei und das gewaltsame Vorgehen gegen protestierende Demonstranten ist entsetzlich und muss verurteilt werden,“ sagte Haschemi am 3. Juni. „Dass aber Leute in Iran, deren Verhalten weit schlimmer ist als das der amerikanischen Regierung, die Tat verurteilen, ist unglaublich und lächerlich.“ Sie erinnerte an die brutale Niederschlagung der Proteste im Januar 2018 und November 2019. Die Verurteilung der amerikanischen Regierung sei nicht akzeptabel, es diene zur Rechtfertigung des eigenen Vorgehens gegen Kritiker und zugleich als Zeichen der zynischen Freude über die gegenwärtige Lage in den Vereinigten Staaten, sagte Haschemi weiter. Zwei Tage zuvor hatte der scheidende Vorsitzende des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik im islamischen Parlament erklärt, bei den Protesten im November vergangenen Jahres seien 230 Personen ums Leben gekommen. (s. Bericht auf S. 7)

Dazu sagte Haschemi, diese Gleichzeitigkeit (Bekanntgabe der Zahl der Opfer und Verurteilung der Vorgänge in den USA) sei „absurd.“ „Denn, wenn euer Entsetzen über den Mord an einen Afroamerikaner echt sein soll, stellt sich die Frage, wie konntet ihr, euren eigenen Angaben zufolge, bei den Demonstranten 230 Menschen töten und mehr

als 2.000 Menschen verletzen? Dazu kommen noch die zahlreichen Festnahmen und die harten Urteile.“ ... „Euch steht es nicht an, die USA wegen Diskriminierung der Schwarzhäutigen zu kritisieren. In Iran sind doch die Missachtung der Rechte und Freiheiten der Bürger, die Diskriminierung der ethnischen und religiösen Minderheiten und die Unterdrückung der Kritiker und Oppositionelle weitaus mehr verbreitet als in den USA,“ sagte Haschemi.

ABGEORDNETER SPRICHT VON 230 TOTEN BEI DEMONSTRATIONEN IM NOVEMBER

Erst nach fast einem halben Jahr wurde die Zahl der Opfer bei den Protesten im November vergangenen Jahres gegen die Erhöhung der Benzinpreise offiziell bekannt gegeben. Modtschtaba Solnuri, Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Sicherheit und Außenpolitik im alten Parlament, erklärte am 1. Juni, bei den landesweiten Unruhen seien 230 Personen ums Leben gekommen, darunter seien sechs Sicherheitsbeamte gewesen. Die Zahl der Verletzten gab er mit 2.000 an.

„In jedem Land werden Projekte umgesetzt, die möglicherweise ihre Stärken und Schwächen haben. Einige profitieren davon, andere haben Nachteile,“ sagte Solnuri. „Was im November geschah, war ein natürlicher Vorgang.“ Es sei nicht ungewöhnlich, wenn manche Menschen gegen eine Entscheidung protestieren. „Doch was nicht geduldet werden konnte, war der Plan der Mächte der Arroganz zu einem sanften Umsturz.“

„Es waren die arroganten Außenmächte, die im November die Situation ausgenutzt, Unruhe gestiftet und Demonstrationen organisiert haben,“ sagte Solnuri weiter. „Und jene, die von ausländischen Medien manipuliert wurden, folgten ihnen.“ Zunächst hätten die Menschen friedlich protestiert und niemand habe sie daran gehindert. „Doch wenn die Demonstranten öffentliche und private Gebäude und Einrichtungen und Polizeistationen angreifen, verlangen die Bürger, dass die Ordnungskräfte für die nationale Sicherheit und Ordnung sorgen.“ Laut Solnuri wurden bei den Protesten 497 öffentliche und private Einrichtungen, 991 Banken und 1.230 Tankstellen angegriffen und 422 private Fahrzeuge, 230 öffentliche Fahrzeuge und 569 Motorräder der Ordnungs- und Sicherheitskräfte in Brand gesteckt. Die Ordnungskräfte hätten ihr Leben riskiert, um Schaden von dem Land abzuwenden, betonte Solnuri. Es habe unter den Demonstranten 2.000 Verletzte gegeben. Demgegenüber seien 5.000 Polizisten und Sicherheitsbeamte verletzt worden. Dies zeige, dass die Ordnungskräfte defensiv vorgehen und nicht offensiv.

„Sechs Sicherheitsbeamte sind bei den Unruhen als Märtyrer gestorben. Selbst ein einziger Toter oder Verletzter ist für uns unerträglich. Ausländischen Medien haben Lügen verbreitet und von bis zu zehntausend Toten gesprochen. Tatsächlich gab es 230 Tote, davon sechs Sicherheitsbeamte,“ sagte Solnuri. Sieben Prozent der Toten seien bei der Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften ums Leben gekommen, 16 Prozent bei Angriffen auf militärische Einrichtungen, wobei die Angreifer bewaffnet gewesen seien. 31 Prozent seien bei Angriffen auf öffentliche Einrichtungen wie Kaufhäusern und Tankstellen, Banken und Moscheen gestorben, 20 Prozent bei Auseinandersetzungen mit den Basidsch-Milizen. Bei 26 Prozent ist die Todesursache nicht bekannt. Diese hätten zwar an den Demonstrationen teilgenommen, gehörten jedoch nicht zu den Unruhestiftern. 22 Prozent der Toten seien vorbestraft gewesen. Solnuri betonte, die Statistiken beruhten auf Informationen von Gerichtsmedizinern. Es gebe keinerlei Informationen über Verhöre und Folterungen, die zum Tod von Demonstranten geführt hätten. Die Unruhen seien durch eine Rede des Revolutionsführers, Sperrung des Internets, Festnahme der Rädelsführer und Proteste der Bevölkerung gegen die Rebellion beendet worden, sagte Solnuri. Das Volk habe sich von den „Konterrevolutionären“ klar distanziert. „Wir müssen uns dafür bedanken. Wir akzeptieren Proteste, die im Rahmen der Gesetze erfolgen und den Feinden keinen Vorwand liefern.“

Ausländische Agenturen, Menschenrechtsorganisationen und neutrale Beobachter schätzen die Zahl der Toten, Verletzten und Inhaftierten weit höher ein. Die Agentur Reuters sprach von 1.500 Toten. Amnesty International legte Namen von 230 Toten mit konkreten Angaben zu Person vor. Solnuri machte auch keine Angaben über die Zahl der

Inhaftierten. Menschenrechtsorganisationen sprechen von mehreren tausend Festnahmen. Der Abgeordnete Hossein Taghawi Hosseini sprach von 7.000 Verhaftungen. Bemerkenswert ist auch die Behauptung Solnuris, das Regime akzeptiere Proteste, vorausgesetzt, sie lieferten den Feinden der Islamischen Republik keinen Vorwand. Allein die zahlreichen Verhaftungen bei Streiks der Arbeiter, die gegen monatelange Lohnausfälle protestierten, im Gefängnis gefoltert und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, zeigen, wie absurd diese Behauptungen ist. Fest steht auch, dass Angehörige der Opfer nach den Protesten durch Androhung von Repressalien unter Druck gesetzt wurden, damit sie die Medien nicht über die Todesumstände ihrer Verwandten informieren. Ihnen wurde gar untersagt, Trauerfeiern zu veranstalten. Nach Meinung der iranischen Führung würden die Unruhen im vergangenen November vom Ausland, von amerikanischen, israelischen und saudi-arabischen Geheimdiensten initiiert. Präsident Rohani kündigte unmittelbar nach den Unruhen an, das staatliche Fernsehen werde über Geständnisse von Initiatoren berichten. Er behauptete, diese hätten unter ausländischer Führung die Unruhen zwei Jahre lang vorbereitet.

DREI TEILNEHMER BEI DEN NOVEMBERUNRUHEN ZUM TODE VERURTEILT

Als wären 230 Tode bei den Demonstrationen im vergangenen November nicht genug, hat nun das Oberste Gericht, das bereits von einem Revolutionsgericht ausgesprochene Todesurteil gegen drei Demonstrationsteilnehmer bestätigt. Es handelt sich um drei junge Männer, Mir Hossein Moradi (25), Said Tamdschidi (27) und Mohammad Radschabi (23). Das Teheraner Revolutionsgericht, unter Vorsitz des Richters Abolghassem Salawati, beschuldigte sie, im Kampf gegen die Islamische Republik an „Zerstörungen und Brandsetzungen öffentlicher Einrichtungen“ beteiligt gewesen zu sein, was als „Krieg gegen Gott“ bezeichnet wurde. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hatte den Prozess als „völlig ungerecht bezeichnet“ und die Rücknahme des Urteils gefordert. In dem AI-Bericht wird erwähnt, dass Tamdschidi und Radschabi ihren Angehörigen mitgeteilt hätten, dass die Vorwürfe gegen sie, wie Kontaktaufnahme zu den Volksmodschahedin (die aus dem Ausland den Sturz des Regimes in Iran fordern), unzutreffend seien. Sie seien durch Folter zu falschen Geständnissen gezwungen worden. Sie hätten betont, zu keiner Gruppe im Ausland Kontakt gehabt zu haben. Die drei Männer waren kurz nach den Unruhen in die Türkei geflüchtet, wurden jedoch auf dem Weg nach Antalia von einem Taxifahrer der Polizei ausgeliefert. Obwohl sie dort Asyl beantragten, wurden sie gemeinsam mit 20 weiteren Iranern nach Iran ausgeliefert und dort in Haft genommen.

Es gibt im In- und Ausland heftige Proteste gegen das Urteil. Offenbar will das Regime ein Exempel statuieren und Angst verbreiten, damit ähnliche Proteste nicht mehr stattfinden. Die Äußerung des Justizchef von Isfahan, Mohammad Resa Habibi, bestätigen diese Lesart. Er erklärte beim Freitagsgebet, acht Personen seien vom Revolutionsgericht als „Mofsed fel Ars“ (Verderber auf Erden) verurteilt worden. Der Begriff wurde nach der Revolution in die islamische Gesetzgebung aufgenommen. Wer als Mofsed fel Ars eingestuft wird, wird mit dem Tod bestraft. Die acht Personen sollen an Demonstrationen teilgenommen haben. Sollten sich solche Demonstrationen und Unruhen wiederholen, werde die Justiz „mit aller Härte“ darauf reagieren. Details über die Verurteilung der acht Personen sind nicht bekannt.

VERSCHÄRFUNG DER REPRESSIONEN GEGEN MITGLIEDER DER BAHAI-GEMEINDE

Laut einem Bericht des Geistigen Rats der Bahai in Deutschland vom 9. Juni haben die iranischen Behörden angesichts der sich verbreitenden Corona-Epidemie die Verfolgung der Mitglieder der Bahai-Gemeinde verschärft. Mindestens 71 Personen seien in den vergangenen Wochen ins Visier genommen. Eine hohe Anzahl von Verhaftungen und Gefängnisstrafen gepaart mit einer medialen Hasskampagne hätten zu einer

besorgniserregenden Atmosphäre geführt. In Schiras drohte ein Justizbeamter während eines Strafverfahrens, die Gemeinde zu „entwurzeln.“ Die Angeklagten seien mit bis zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden. „Eine derart entsetzliche Erklärung des Beamten ist eine offenkundige Demonstration des religiösen Fanatismus und der Vorurteile, mit denen die Bahai in Iran konfrontiert sind. Sie ist auch ein klarer Beweis für die justizielle Ungerechtigkeit gegen die Bahai und die wahre Motivation der Behörden,“ erklärte Jascha Noltenius, Beauftragter für Menschenrechtsfragen der Bahai-Gemeinde in Deutschland. „Das zeigt nicht nur das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit und die schwere Diskriminierung, mit der die Bahai im iranischen Justizsystem behandelt werden, sondern soll die Bahai auch einschüchtern, indem erheblicher psychologischer Druck auf die direkt Betroffenen sowie auf ihre Familien und alle Bahai in Iran ausgeübt wird.“ Außer in Schiras wurden auch in anderen Städten die Bahai allein wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit verhaftet. Insgesamt seien 71 Bahai zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Ziel der Behörden sei, die Gemeindemitglieder psychisch zu zermürben. Zunächst werden sie festgenommen, dann gegen eine hohe Kautionsfreigabe freigelassen. Es dauert Monate, gar Jahre, bis es zu einer Gerichtsverhandlung und danach Berufungsverhandlung und schließlich zu einer Verurteilung und dem Antritt der Gefängnisstrafe kommt.

„Die jüngsten Vorfälle haben Hunderte von Familien unter großen Druck gesetzt,“ sagte Noltenius. „Sie unter diesen Umständen der ständigen Bedrohung einer Inhaftierung und den damit verbundenen emotionalen Ängsten auszusetzen, ist ein weiterer Versuch, die Gemeinde noch stärker zu belasten. Gerade während einer Gesundheitskrise mit einer alarmierenden Eskalationsrate sind diese ungerechtfertigten Maßnahmen ausgesprochen grausam und empörend.“ Der jüngste Druck werde dadurch verstärkt, dass die staatsnahen Medien die Bahai durch eine zunehmend koordinierte Verbreitung von Desinformationen öffentlich diffamieren, während den Bahais keine Möglichkeit zu einer Gegendarstellung gewährt werde. Die Bahai International Community hat allein in diesem Jahr mehr als 3.000 Artikel mit Anti-Bahai-Propaganda dokumentiert. „Die Drohung, eine Gemeinschaft zu ‚entwurzeln‘, die Massenhafte Anklage ihrer Mitglieder, die Wiederaufnahme ihrer Haft während einer Pandemie sowie die Verbreitung hasseffüllter Propaganda, ist eine schockierende und zutiefst beunruhigende Entwicklung,“ schreibt Noltenius weiter. „Wie kann die iranische Regierung ihrer heiligen Pflicht gegenüber dem Wohlergehen ihrer Bevölkerung nachkommen, während sie die Entwurzelung einer Gemeinde gesetzestreuer Bürger vorantreibt? Alle Bahai, die in Iran Diskriminierungen ausgesetzt sind, sind unschuldig und die gegen sie betriebene religiöse Verfolgung muss aufhören.“

REVOLUTIONSGARDEN SOLLTEN SICH NICHT IN DIE WIRTSCHAFT EINMISCHEN

Es war höchst ungewöhnlich, dass ein General der Streitkräfte den Revolutionsgarden dringend empfahl, sich aus Angelegenheiten der Wirtschaft fernzuhalten. „Es ist für bewaffnete Kräfte nicht ratsam, sich in Angelegenheiten der Wirtschaft einzumischen. Denn damit entfernen sie sich von ihren eigentlichen Aufgaben und Pflichten,“ sagte General Habiballah Sayyari, Stellvertreter des Koordinators der iranischen Streitkräfte, am 1. Juni in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur Irna. Allerdings wurde das Interview nur wenige Stunden nach Veröffentlichung von der Webseite der Agentur genommen. Mit dieser Kritik widerspricht Sayyari seinem unmittelbaren Vorgesetzten, General Abdolkarim Mussawi, der die Meinung vertritt, wirtschaftliche Aktivitäten gehörten zu den wichtigsten Aufgaben der Revolutionsgarden. Mussawi hatte vor einiger Zeit erklärt: „Nach dem erzwungenen Krieg (gegen Irak von 1980-1988) war die Islamische Republik mit vielfältigen Bedrohungen konfrontiert. Demnach waren die Revolutionsgarden aufgrund ihrer Verpflichtungen selbstverständlich aufgefordert, aktiv den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedrohungen entgegen zu wirken. Jene, die die Einmischung der Garden in diesen Bereichen kritisieren, haben entweder keine Ahnung oder sie spielen den Ahnungslosen. Die Garden sind grundsätzlich verpflichtet, in diesem Bereich aktiv zu werden.“

Die Garden sollten sich auch nicht in die Politik einmischen. „Einmischung der bewaffneten Kräfte in die Politik ist schädlich,“ sagte Sayyari weiter. „Das bedeutet nicht, dass wir die Politik nicht verstehen. Wir können politische Vorgänge sehr gut analysieren, mischen uns aber nicht ein.“ Auch in diesem Bereich widerspricht er seinem Vorgesetzten. Mussawi ist der Meinung, dass die Garden sich sowohl in die Innen- als auch in die Außenpolitik einmischen sollten. Er selbst hatte zum Beispiel zu dem Atomabkommen Stellung genommen und gesagt: „Der größte Schaden, den die Atomverhandlungen verursacht haben, ist die Legitimierung direkter Verhandlungen mit den USA. Der größte Nutzen, den sie gebracht haben, ist der Nachweis, dass die Amerikaner nicht zu ihrem Wort stehen.“ An einer anderen Stelle sagte Mussawi, zwar werde den Garden untersagt, zugunsten einer Partei oder Fraktion Stellung zu beziehen. Dennoch seien die Garden aufgrund ihrer Mission verpflichtet, sich zu engagieren. Immerhin sei es den Garden mehrmals gelungen, „Umsturzpläne zu vereiteln und im Keim zu ersticken.“

EHEMALIGER PRÄSIDENT MIT NEUEN AMBITIONEN

Irans ehemaliger Präsident Mahmud Ahmadinedschad will sich, nach Angaben seines Parteifreundes Esfandiar Abdollahi, 2021 um das Amt des Präsidenten bewerben. Dabei setze er auf seine, zum Teil engen, früheren Mitarbeiter, von denen eine ganze Reihe im neuen Parlament sitzt, sagte Abdollahi am 6. Juni der Zeitung Etemad. Voraussetzung für seine Kandidatur ist allerdings, dass er vom Wächterrath als geeignet eingestuft wird. Der Rat hatte seine Bewerbung 2017 abgelehnt.

Der erzkonservative Ahmadinedschad stand von 2005 bis 2013 an der Spitze der Regierung. Während er in der ersten Periode seiner Amtszeit bei den Konservativen und Ultras eine breite Basis hatte und vor allem vom Revolutionsführer Ali Chamenei uneingeschränkt unterstützt wurde, schlug er in der zweiten Amtsperiode neue Wege ein und geriet dadurch in Konflikte – sowohl mit Chamenei als auch mit einem Großteil der konservativen Geistlichkeit. Seine populistische Wirtschaftspolitik führte das Land in eine tiefe Krise. Außenpolitisch vertrat er einen radikalen Kurs gegen die USA und Israel. Die Atomverhandlungen gerieten dadurch ins Stocken und drohten zu scheitern. Der UN-Sicherheitsrat verhängte zahlreiche Sanktionen gegen Iran, was die Wirtschaftskrise erheblich verschärfte. Bei seiner Wiederwahl 2009, die höchst umstritten war, wurden die landesweiten Proteste brutal niedergeschlagen. Auch die Korruption bereitete sich weiter im Land aus.

Seit einigen Jahren macht Ahmadinedschad mit seiner Kritik gegen die Justiz, aber auch gegen die Innen- und Außenpolitik der Regierung Rohani, immer wieder Schlagzeilen. Seine letzte Stellungnahme sorgte für allgemeine Überraschung. In einem Interview mit der New York Times bezeichnete er US-Präsident Donald Trump als „Mann der Tat, der in der Beziehung zu Iran in der Lage ist, Verlust und Gewinn genau zu berechnen.“ Verhandlungen mit den Europäern halte er für überflüssig und nutzlos, sagte er. Und während Chamenei und sein Stab direkte Verhandlungen mit den USA strikt ablehnen, schlug er, der früher als erbitterter Feind der USA galt, vor, mit Washington „Grundsatzgespräche“ zu führen, und zwar „auf allen Ebenen.“ Er selbst habe dreimal versucht, direkt mit Präsident Trump Kontakt aufzunehmen, einmal durch einen Einschreibebrief über die Schweizer Botschaft (die die Interessen der USA in Iran vertritt), das zweite Mal durch eine E-Mail an das Weiße Haus und das dritte Mal über Twitter direkt an Trumps Adresse. Doch habe er nie eine Antwort erhalten. Zu alledem versucht Ahmadineshad sich immer wieder an das amerikanische Volk zu wenden und dabei Themen anzusprechen, die die Bevölkerung interessieren, wie Baseball, Tennis, Football und Rap-Musik, Themen, mit denen der erzkonservative Präsident nie zu tun hatte. Im Inland spottet man über diese Anbiederungsversuche, was in den USA vermutlich nicht anders sein wird. Das scheint ihn offensichtlich nicht zu stören. Hauptsache, er bleibt in der Öffentlichkeit präsent. Seinen bislang letzten Versuch, öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen, unternahm er am 28. Juni. Er warnte die Staatsführung vor einem „geheimen 25-jährigen Abkommen mit einem ausländischen Staat,“ das ohne Wissen der

Bevölkerung abgeschlossen worden sei. „Jedes Abkommen, das im Geheimen und ohne Rücksicht auf den Willen des Volkes abgeschlossen wird, ist ungültig,“ sagte er. Gemeint ist der Entwurf zu einem Vertrag zwischen Iran und China, der wenige Tage zuvor auf einer Kabinettsitzung genehmigt wurde. Der Entwurf soll von den Außenministerien beider Staaten überprüft und der endgültige Text von den Regierungen unterzeichnet werden. Details des Abkommens sind nicht bekannt. Im vergangenen Jahr berichteten die Medien von einer chinesischen Investition in Höhe von 400 Milliarden Dollar in Iran. Auch dazu gab es keine offizielle Stellungnahme.

Zu den Äußerungen Ahmadinedschads nahm das Außenministerium am 29. Juni Stellung. Sprecher Abbas Mussawi sagte, es sei nicht verwunderlich, dass die „strategische Zusammenarbeit zwischen Iran und China auch Feinde hat. (...) Wir sind stolz auf das 25-jährige Abkommen mit China, das strategisch betrachtet für uns viele Vorteile bringt,“ betonte Mussawi.

TODESURTEIL GEGEN EINEN „VERRÄTER“

Gholamhossein Esmaili, Sprecher der Justiz, gab am 9. Juni vor der Presse in Teheran bekannt, dass Mahmud Mussawi Madschd, wegen Weitergabe von Informationen über den Aufenthaltsort des Generals Ghassem Soleimani demnächst hingerichtet werde. Soleimani war Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarden für Auslandseinsätze. Er wurde am 3. Januar dieses Jahres gezielt von amerikanischen Raketen in der Nähe von Bagdad ermordet. „Mussawi stand im Dienst israelischer und amerikanischer Geheimdienste und hat dafür reichlich Geld erhalten,“ sagte Esmaili. Doch kurz darauf erklärte das Presseamt der Justiz, der Prozess gegen Madschd, der die israelischen und amerikanischen Geheimdienste über den jeweiligen Aufenthaltsort von General Soleimani und anderen hochrangigen Offizieren informierte, sei bereits vor dem Tod des Generals abgeschlossen gewesen. Mit anderen Worten, er hatte mit dem Mordanschlag nichts zu tun. Die ganze Geschichte um Madschd ist höchst dubios. Sein Name tauchte zum ersten Mal am 9. Juni in den Medien auf. Offenbar wurden seine Festnahme und der Prozess gegen ihn geheim gehalten. Nicht einmal seine Angehörigen ließen über seinen Zustand etwas verlauten. Warum?

Madschd war nicht, wie von der Justiz dargestellt, ein einfacher Fahrer bei den Revolutionsgarden. Bereits als Jugendlicher stand er in Syrien mit pro-iranischen Gruppen in Verbindung. Die BBC berichtet von einem Video, auf dem Madschd neben hochrangigen syrischen und iranischen Offizieren zu sehen sei. Der Sender hat zudem herausgefunden, dass Madschd im syrischen Krieg zweimal verwundet wurde. Das zweite Mal war er zur Behandlung nach Libanon in ein Krankenhaus gebracht worden, das vom iranischen Halbmond verwaltet wird. Madschd beherrscht sowohl die persische als auch die arabische Sprache. Er kennt sich in Syrien bestens aus. 2012 wurde er Mitglied der Al-Kuds-Brigade. Gelegentlich begleitete er als Übersetzer General Soleimani bei Gesprächen mit der syrischen Führung. Sein Anwalt erklärte BBC gegenüber, Madschd sei einer der einflussreichsten Iraner in Syrien gewesen. Seine Hauptaufgabe habe darin bestanden, syrische Gruppen für die Zusammenarbeit mit der Al-Kuds-Brigade zu engagieren und iranische Stützpunkte in Syrien zu errichten. Eine Zeit lang war er Befehlshaber einer Brigade. Er genoss das volle Vertrauen, sowohl der iranischen als auch der syrischen Führung.

Vor drei Jahren trennte er sich von der Al-Kuds-Brigade und kehrte nach Iran zurück. Ein Jahr später lockten ihn einige seiner Kameraden mit einem lukrativen Geschäftsangebot nach Syrien zurück. Drei Wochen nach seiner Ankunft wurde er in Damaskus gekidnappt. Demgegenüber behauptet die iranische Justiz, er sei in Libanon von der Hisbollah wegen seiner Agententätigkeit verhaftet und an Iran ausgeliefert worden. Tatsächlich wurde er gekidnappt nach Libanon gebracht, dort Tage lang von der Hisbollah verhört und schließlich an die iranische Revolutionsgarden ausgeliefert. Am 4. Oktober 2018 wurde Madschd unter dem Vorwurf der Spionage ins Gefängnis gebracht. Seine Freunde sagten

der BBC, Madschd könne nie und nimmer ein Spion gewesen sein. Er sei Opfer der Auseinandersetzungen innerhalb der Garden. Sein Vater schrieb in einem Brief an die Justiz: „Mein Sohn hatte, bevor er sich von den Garden trennte, einen ausführlichen Bericht über Korruption, moralische Vergehen und Drogensucht bei manchen Offizieren der Garden verfasst und an die Aufsichtsbehörde geschickt. Jetzt muss er dafür büßen.“ Bei seinem Prozess bestritt Madschd alle Vorwürfe gegen ihn und sagte, er sei schwer gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen worden. Er wurde von den berühmtesten Richter Salawati zum Tode verurteilt. Nun wurde das Urteil vom Obersten Gericht bestätigt. Das Urteil soll laut dem Sprecher der Justiz demnächst vollstreckt werden.

KULTUR

Kulturschaffende, Künstler und Schriftsteller warnen vor Zusammenbruch der Gesellschaft / Wiedereröffnung der Theater und die Corona-Epidemie / Journalist Sam zum Tode verurteilt / Schauspielerin Taraneh Alidust zu fünf Monaten Haft verurteilt / Kofler um das Schicksal des Regisseurs Rasoulof besorgt

KULTURSCHAFFENDE, KÜNSTLER UND SCHRIFTSTELLER WARNEN VOR ZUSAMMENBRUCH DER GESELLSCHAFT

Mehr als 300 Filmemacher, Schriftsteller, Journalisten, Soziologen haben in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Einschränkung der freien Meinungsäußerung und Verschärfung der Zensur protestiert und vor einem „gesellschaftlichen Zusammenbruch“ gewarnt. „Die Auffassung, dass jede Kritik gegen den Staat als ‚Aktivität gegen die Nationale Sicherheit‘ bezeichnet werden kann, ist völlig unbegründet und steht im Widerspruch zum Recht auf freie Meinungsäußerung,“ heißt es in der Erklärung. „Es ist vielmehr die Zensur, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit bildet, die Unsicherheit, Misstrauen und weitere Probleme erzeugt.“ Die Verantwortlichen des Staates sollten es unterlassen, bürgerliche Freiheiten wie die freie Meinungsäußerung zu ignorieren und damit unter dem Vorwand der Gefährdung der nationalen Sicherheit, jede Möglichkeit zur Kritik ausschließen. Die Unterzeichner warnen: „Sollte sich der Absolutheitsanspruch der Verantwortlichen fortsetzen, werden Dummheit und Ignoranz zur Institutionalisierung der Korruption, allgemeinen Resignation und schließlich zum großen Ruin der Gesellschaft führen.“ Die Erklärung wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, in dem sich der Druck auf Kulturschaffende und Journalisten und deren Festnahmen zunehmend fortsetzt. Den letzten Anlass zu der Veröffentlichung der Erklärung lieferten die Äußerungen des neuen Parlamentspräsidenten Mohammad Ghalibaf, in denen er die Notwendigkeit der Zensur der sozialen Netzwerke hervorhob. Viele Kulturschaffende und Journalisten befürchten, dass nun neben Twitter, Facebook, Youtube auch der Zugang zu Instagram gesperrt wird.

WIEDERERÖFFNUNG DER THEATER UND DIE CORONA-EPIDEMIE

Die Erlaubnis, die Theater wieder zu öffnen, war für die Künstlerinnen und Künstler eine freudige Nachricht, die aber zugleich vielen große Sorge bereitet. Kritiker bezeichneten die Entscheidung unter den gegenwärtigen Bedingungen und im Hinblick auf die Gefahr einer erneuten Welle der Lungenkrankheit als „unverantwortlich.“ Die Regierung wolle sich der Verpflichtung entledigen, den Theaterleuten Unterstützung zu gewähren und riskiere damit die Gesundheit der Akteure und der Zuschauer. Einige Agenturen und Nachrichtenseiten schrieben, die Entscheidung des Ministers für Kultur und islamische Führung, Kultureinrichtung wieder zu öffnen, sei in Absprache mit dem Gesundheitsminister erfolgt. Zudem sei es darum gegangen, die ökonomischen Schäden, die die Epidemie für

Kulturschaffende bringe, zu beenden. Sohrab Salimi, Schauspieler und Theaterregisseur, sagte in einem Interview mit dem Nachrichtenportal „Mehr“: „Künstler und Kulturschaffende sollten die ersten sein, die in einer Notlage eine staatliche Unterstützung erhalten. Nur so kann man es verhindern, dass das Licht der Kultur erlischt. Das ist in vielen Ländern der Fall. In Iran verliert das Theater langsam den Atem.“ Die Lage des Theaters und der Künstler in Iran sei „von Grund auf schlecht,“ sagte Salimi weiter. „Schauen Sie, was Corona mit dem Theater gemacht hat. Wir fragen seit Jahren, welche Rechte für die Künstler in den Gesetzen vorgesehen sind. Wir bekommen keine Antwort.“

Das eigentliche Problem liege nach Meinung der Sachverständigen darin, dass das Theater in der Islamischen Republik niemals als ein Bereich innerhalb der Künste anerkannt worden sei. Dazu sagte der Stückeschreiber und Theaterregisseur Ghotbaddin Sadeghi: „Unser Problem besteht darin, dass die Verantwortlichen für die Künste selbst nicht aus den Bereichen Kunst und Kultur stammen. Die derzeitige Regierung hat keine Ahnung von Kunst und Kultur. Die Verantwortlichen kennen nur ein paar Begriffe, die sie bei Gesprächen verwenden. Ich glaube kaum, dass sie in der Lage wären, etwas Sinnvolles über das Kino oder die Musik zu sagen. Ich bin sehr besorgt. Wir haben in den vergangenen fünf Monaten keinen Rial eingenommen. Die Mieten und Gagen haben wir aus eigener Tasche bezahlt und damit unsere Reserven voll aufgebraucht. Wenn die Corona-Krise länger dauert, sind wir alle pleite und müssen die Theater für immer schließen.“

Die Erlaubnis zur Öffnung der Theater ist mit Auflagen verbunden. Dazu gehört, dass die Zahl der Zuschauer um die Hälfte reduziert werden muss. Damit lassen sich aber nicht einmal die laufenden Kosten decken. Schahram Gilabadi sagte, die Vorschriften wurden ohne Absprache mit den Betroffenen beschlossen. „Es hat anfangs nur ein Gespräch mit dem Gesundheitsministerium gegeben, danach wurden wir nicht mehr gefragt.“

Der Schauspieler Mohammad Rahmadian sagte der Agentur Isna, das Kulturministerium habe lediglich über Abstand im Zuschauersaal gesprochen. „Über die Schauspieler und über das, was hinter der Bühne geschieht, wird kein Wort verloren. Dabei sind die Bedingungen im Theater ganz anders als die im Kino. Hinter der Bühne, besonders bei Privattheatern, ist der Platz so klein, dass man sich kaum bewegen kann. Da kann von einem Abstand von 1,5 Metern keine Rede sein. Ich weiß nicht, was mit den Kinos geschieht. Aber ich kann schon heute mit Gewissheit sagen, dass der Plan der Regierung von vorn herein zum Scheitern verurteilt ist.“

In der Tat enthält der Plan der Regierung absurde Vorschriften, die kaum eingehalten werden können. Zum Beispiel sollen Schauspieler auf der Bühne den vorgeschriebenen Abstand einhalten. Sollte jemand im Publikum husten oder niesen, muss er sofort gebeten werden, den Saal zu verlassen.

JOURNALIST SAM ZUM TODE VERURTEILT

Justizsprecher Gholamhossein Esmaili teilte am 30. Juni mit, dass der Journalist Ruhollah Sam, früherer Betreiber der in Frankreich ansässigen „Amadnews“, zum Tode verurteilt worden sei. Es sei als „Verderber auf Erden“ schuldig gesprochen worden. Das Urteil sei nicht endgültig, es könne angefochten werden. Die letzte Instanz sei das Oberste Gericht. Sam war anerkannter Flüchtling in Frankreich. Sam hatte am 4. Prozesstag die meisten seiner Geständnisse widerrufen. Er sei Journalist, seine Tätigkeit sei im Rahmen der Medien gewesen, er könne deshalb die Vorwürfe nicht akzeptieren, „gegen die Wirtschaft des Landes zerstörerisch gewirkt und Aufruhr gestiftet zu haben.“ Auch den Vorwurf „Verderben auf Erden verbreitet zu haben,“ lehnte er grundsätzlich ab. Vorsitzender des Gerichts war Abolghassem Salawati, der den Sicherheitsorganen nahesteht und dem vorgeworfen wird, häufig die Rechte der Angeklagten missachtet zu haben.

Der Nachrichtenkanal „Amadnews“ verbreitete zum Teil sensationelle Nachrichten, die den Angaben des Kanals zufolge teilweise aus engsten Kreisen der iranischen Führung stammten. Das hätte nur stimmen können, wenn Sam in direkter Verbindung mit Leuten

gestanden hätte, die bereit gewesen wären, ihn zu informieren. Unter den Nachrichten, die der Kanal verbreitete, befanden sich auch welche, die eindeutig falsch waren. Dennoch genoss der Kanal eine gewisse Popularität, zuletzt hatte er 1,4 Millionen Abonnenten. Das Gericht warf Sam auch vor, die Menschen im Land zu Gewalttaten angestiftet zu haben. Er sei „vom französischen Geheimdienst geführt und von den USA und dem Regime in Israel unterstützt“ worden. Sam wurde im Oktober vergangenen Jahres von Paris nach Bagdad gelockt, dort von iranischen Revolutionsgarden nach Teheran entführt. Wenige Tage später wurden seine angeblichen Geständnisse vom staatlichen Fernsehen gesendet. Danach wurde er wegen „Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit und Spionage für den französischen Geheimdienst“ angeklagt.

SCHAUSPIELERIN TARANEH ALIDUST ZU FÜNF MONATEN HAFT VERURTEILT

Die in Iran, und auch über die Grenzen des Landes hinaus, populäre Schauspielerin Taraneh Alidust wurde am 22. Juni zu fünf Monaten Haft verurteilt. Wie ihr Anwalt, Kaweh Rad, der Presse mitteilte, hatten die Polizei und die Sittenpolizei im vergangenen Winter in der Stadt Isfahan gegen sie eine Strafanzeige aufgegeben, in der sie ihr vorwarfen, gegen die Islamische Republik propagiert, Lügen verbreitet und Polizisten im Dienst beleidigt zu haben. Das Strafgericht in Isfahan verurteilte die Schauspielerin wegen Veröffentlichung von Tweets gegen die Polizei und Sittenpolizei zu fünf Monaten Haft mit Bewährung. Bei den Tweets ging es um junge Frauen, die ihr Kopftuch demonstrativ in der Öffentlichkeit abgenommen haben, um die beiden Politiker Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi, die sich seit fast einem Jahrzehnt im Hausarrest befinden, und um die Lage der politischen Gefangenen. Die heute 26 Jahre alte Schauspielerin wurde bereits mit 15 Jahren mit ihrem Film „Ich bin Taraneh, 15 Jahre alt“ berühmt. Sie spielte inzwischen in einigen Filmen des Regisseurs Asghar Farhadi, unter anderem in dem Film Forushandeh (The Salesman), der 2017 mit einem Oscar ausgezeichnet wurde.

KOFLER UM DAS SCHICKSAL DES REGISSEURS RASOULOF BESORGT

Laut dem Evangelischen Pressedienst (epd) vom 5. Juni zeigte sich die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, um das Schicksal des iranischen Regisseurs Mohammad Rasoulofs besorgt. Dem weltbekannten Regisseur, der unter anderem 2020 auf der Berlinale für seinen Film „Es gibt kein Böses“ mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet wurde, droht eine baldige Inhaftierung. Rasoulof war 2019 wegen seines Films „A Man of Integrity“, in dem er die Korruption und Ungerechtigkeit in Iran unter die Lupe nimmt, zu einem Jahr Haft und zwei Jahren Berufsverbot verurteilt worden. Demnach sollte er am 6. Juni die Haft antreten. „Seine Verurteilung ist ein weiterer Schlag gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in Iran,“ sagte Kofler. „Ich appelliere an die iranischen Justizbehörden, das Urteil gegen Mohammad Rasoulof aufzuheben und ihm die Möglichkeit zu geben, frei und ungehindert sein künstlerisches Werk fortzusetzen.“ Rasoulof hat seit 2017 Ausreiseverbot, daher konnte er auch den Goldenen Bären nicht persönlich entgegennehmen.

WIRTSCHAFT

Atomkonflikt / Neue Daten über die iranische Wirtschaft / Öleinnahmen drastisch gesunken / Iranisch-türkische Grenzen wieder offen

ATOMKONFLIKT

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) gab in ihrem Bericht am 5. Juni bekannt, dass Iran achtmal mehr Uran angereichert hat als im Atomabkommen vom 2015 erlaubt.

Im dem Abkommen wurde die Höchstgrenze auf 202,8 Kilogramm angereichertes Uran begrenzt, doch im Mai dieses Jahres hat Iran 1.571,6 Kilogramm angereichertes Uran besessen. Zudem kritisierte die Behörde, dass Iran den Inspektoren den Zugang zu zwei Anlagen verweigere. Das gebe Anlass zu „ernsthafter Sorge,“ hieß es.

Rafael Grossi, IAEA-Generaldirektor, sagte zu Beginn der Sitzung des Gouverneursrats, seit vier Monaten verweigere Iran den Zugang zu den Anlagen und seit einem Jahr verweigere das Land „ernste Gespräche über Fragen bezüglich der möglichen nuklearen Aktivitäten in diesen Anlagen.“ Diese Weigerung hindere die Inspektoren daran, offenen Fragen nachzugehen und die Lage genau zu analysieren. Grossi forderte Iran auf, ab sofort den Zugang zu den Anlagen zu erlauben und die Fragen der Inspektoren zu beantworten. Es werde vermutet, dass Iran früher an diesen Orten Kernmaterial verwendete, die Anlagen aber inzwischen saniert und die Spuren beseitigt habe. Deutschland, Frankreich und Großbritannien unterstützten die Forderungen des Generalsekretärs. Sie bereiteten eine Resolution vor, in der Iran aufgefordert wurde, mit der IAEA vollständig zu kooperieren und deren Anfragen unverzüglich zu erfüllen. Zwar haben die beiden Anlagen mit dem aktuellen Atomprogramm Irans nichts zu tun. Doch die Behörde möchte herausfinden, ob dort früher mögliche Aktivitäten stattfanden. Grossi bestätigte, dass sich ansonsten an der Kooperation Irans mit der Behörde nichts geändert habe, auch nicht nach dem Austritt der USA aus dem Abkommen und auch nicht nachdem Iran begonnen habe, einige seiner Verpflichtungen zu ignorieren.

Vor der Gouverneursratssitzung hatte Iran gewarnt, auf „jede destruktive Entscheidung“ werde Teheran „adäquat“ reagieren. Abbas Mussawi, Sprecher des Außenministeriums, empfahl den Gouverneursratsmitgliedern, das iranische Atomprogramm mit „realistischem Blick“ zu betrachten und die Behauptungen der USA und des „zionistischen Regimes“ nicht zur Grundlage ihrer Entscheidungen zu nehmen. Falls die IAEA ihre Position fortsetzen sollte, könnte es bei der Kooperation Irans mit der Behörde zu Problemen kommen.

Auch Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte während seines Besuchs in Moskau, Iran sei entschlossen, die bisherige Zusammenarbeit mit der IAEA fortzusetzen, werde aber nicht zulassen, dass die Behörde von anderen Mächten instrumentalisiert werde. „Wir setzen uns für Transparenz ein.“ Iran werde nicht zulassen, dass über Behauptungen, die durch Spionage aufgestellt worden seien, debattiert werde. Russlands Außenminister Sergej Lawrow unterstützte Sarif und warf den USA vor, die Kritik der Atombehörde als Vorwand nehmen zu wollen, um das UN-Waffenembargo gegen Iran zu verlängern.

Das Waffenembargo, das in der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats gegen Iran verhängt wurde, endet im Oktober. Die USA kündigten an, alle Möglichkeiten einzusetzen, um das Embargo zu verlängern. Am 6. Juni überreichte Kelly Craft, Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, den Entwurf einer Resolution zur Verlängerung des Waffenembargos gegen Iran den Botschaftern Russlands, Frankreichs und Großbritanniens und kündigte an, ihn auch in den nächsten Tagen anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats vorzulegen. Die Vetomächte im Sicherheitsrat können die Verabschiedung der Resolution verhindern. Iran rechnet damit, dass Russland und China dies tun werden. Frankreich und Großbritannien haben sich noch nicht eindeutig geäußert. Allerdings sind sie der Meinung, dass das iranische Raketenprogramm und der Abschuss von Satelliten in den Weltraum als Verstöße gegen die Resolution aufgefasst werden können. Bereits zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo die Hoffnung geäußert, dass die Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats der Verlängerung des Embargos zustimmen würden. Bei einer Rede am 1. Juni in Washington warf er Russland und China vor, sie stünden bereits Spalier, um nach der Aufhebung des Embargos Waffen an Iran zu verkaufen. Er hoffe, dass Großbritannien und andere Unterzeichnerstaaten des Atomabkommens mit Iran die Gefahren der Aufhebung des Embargos sehen und dies verhindern. „Sollten die Mitglieder des Atomabkommens einer Verlängerung des Embargos nicht zustimmen, werden wir alle unsere diplomatischen Möglichkeiten einsetzen, um eine Aufhebung zu verhindern,“ sagte der Minister.

Pompeo berichtete über diplomatische Aktivitäten der USA, um andere Staaten zur Unterstützung der US-Strategie gegen Iran zu gewinnen. Als Beispiel für den Erfolg dieser Aktivitäten erwähnte er den Beschluss Deutschlands, die libanesische Hisbollah als Terrororganisation einzustufen.

Auch der Iran-Beauftragte der US-Regierung, Brian Hook, drohte, sollten einige Veto-Staaten im Sicherheitsrat gegen die US-Resolution stimmen, werden die USA versuchen, von einer Klausel im Atomabkommen Gebrauch zu machen, die besagt, dass bei Verstößen gegen das Abkommen, sämtliche Sanktionen gegen Iran wieder aktiviert würden. Ob die USA, die 2018 aus dem Abkommen ausgetreten sind, sich auf diese Klausel berufen könnten, ist umstritten. Hook sagte weiter, der „maximale Druck auf Iran sei äußerst erfolgreich gewesen. Zum Beispiel habe Iran keinen Zugang zu Milliarden Dollar, die es sonst zur Unterstützung des Terrorismus einsetzen würde. Iran sei inzwischen „völlig isoliert.“ Die Meinungsunterschiede zwischen den USA und andere Staaten bezüglich der Politik gegenüber Iran betreffen nicht den Inhalt, sondern nur die Methode.

Am 19. Juni wurde die von Deutschland, Großbritannien und Frankreich vorgelegte Resolutionsentwurf gegen Iran vom IAEA-Gouverneursrat mit Zustimmung von 25 der 35 Mitgliedstaaten verabschiedet. Russland und China stimmten dagegen. Iran lehnte die Resolution „entschieden“ ab. „Die Forderung der IAEA basiere auf grundlosen Unterstellungen und Iran werde sich davon definitiv nicht einschüchtern lassen,“ zitierte dpa am 19. Juni Irans Botschafter bei der IAEA, Kasem Gharibabadi. Seit 2015 ist dies das erste Mal, dass die IAEA gegen Iran Stellung nimmt. Grossi kündigte an zu versuchen, die Gespräche mit Iran fortzusetzen, um eine Einigung zu erzielen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass auch andere Staaten die Vorschriften der Behörde ignorieren würden. Israel begrüßte das Vorgehen der IAEA. Es werde nicht zulassen, dass Iran in den Besitz von Nuklearwaffen gelange. Deutschland, Frankreich und Großbritannien veröffentlichten am 19. Juni eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Resolution begrüßten, aber zugleich die USA indirekt vor einer Eskalation der Lage warnten. „Wir glauben fest daran, dass jeder unilaterale Versuch, einen Snapback zu UN-Sanktionen auszulösen, schwerwiegende nachteilige Konsequenzen für den UN-Sicherheitsrat haben würde. Wir würden eine solche Entscheidung, die unvereinbar mit unseren aktuellen Bemühungen zum Erhalt des Atomabkommens sein würde, nicht unterstützen.“ Den „maximalen Druck gegen Iran“ lehnten die Außenminister der drei EU-Staaten ab. „Wir setzen uns stattdessen weiterhin dafür ein, Iran zur Verantwortung zu ziehen und gleichzeitig einen sinnvollen Weg der Diplomatie und des Dialogs zu beschreiten. Selbstverständlich müssen mit Iran auch Verhandlungen über sein Raketenprogramm und seine Rolle in der Region geführt werden.“ Allerdings sei die Geduld der EU-Staaten nicht endlos. Daher werde von Iran ein konstruktives Verhalten erwartet.

Sarif übte scharfe Kritik gegen die Europäer. Die drei Staaten seien hinter der Fassade Handlanger von US-Präsident Donald Trump und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, twitterte er laut Reuters vom 19. Juni. „Wir werden nicht zulassen, dass die IAEA zu einem Spielball in der Hand der USA wird, um das Atomabkommen zu vernichten.“ Außenamtssprecher Mussawi erklärte am 20. Juni, die Resolution sei „ausgesprochen destruktiv und resignierend,“ aber sie sei für Iran „nicht wichtig.“ Sie sei eine Falle, die die USA und Israel den drei EU-Staaten gestellt hätten, die sich nun auf ein neues Spielfeld begeben hätten. Das Ganze sei ein Versuch, die Lage zu eskalieren.

Am 23. Juni legten die USA allen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats ihren Resolutionsentwurf vor. Darin fordern sie alle Staaten auf, den Export von Waffen jeglicher Art nach Iran und aus dem Iran zu verhindern, es sei denn eine Kommission des Sicherheitsrats würde ausnahmsweise den Export von bestimmten Waffen mindestens zwanzig Tage vorher genehmigen.

Am 24. Juni forderte Präsident Rohani die Mitglieder des Sicherheitsrats auf, sich dem Diktat der USA nicht zu beugen. Er habe die Befürchtung, dass die USA und Israel die Internationale Atombehörde „auf Abwege bringen.“ „Unser Umgang mit der Behörde ist

stets freundlich und korrekt gewesen. Doch die USA und Israel haben sie unter Druck gesetzt, um ein Grab zu schaufeln.“ Dennoch sei Iran gewillt, die Zusammenarbeit fortzusetzen, betonte Rohani. Er bedankte sich bei China und Russland für ihr „korrektes“ Verhalten.

Sobald die USA die internationalen Vereinbarungen und Gesetze einhalten und der Kongress und das Weiße Haus „von ihrem Irrweg“ zurückkehren, sei Iran bereit, mit ihnen zu verhandeln, sagte Rohani weiter. „Sie müssen sich den Gesetzen unterordnen, sich entschuldigen und den Schaden, den sie dem iranischen Volk zugefügt haben wieder gutmachen und Entschädigungen zahlen.“

US-Außenminister Pompeo betonte am 26. Juni abermals die Notwendigkeit, den Waffenboykott zu verlängern. „Falls dies nicht geschieht, wird sich Iran zu einem der größten Waffenlieferanten der Welt entwickeln und jede Menge chinesische und russische Jagdbomber kaufen.“ Der Minister äußerte die Hoffnung, dass die drei EU-Mitunterzeichner des Atomabkommens sich letztendlich der amerikanischen Strategie anschließen. Doch die Meinung Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sei nicht so wichtig. „Es gibt eine ganze Reihe von EU-Staaten, die mit uns einig sind.“ Zudem gebe es im Nahen Osten Staaten wie Israel und die Staaten am Persischen Golf, die „genau wissen, dass Iran der größte Unterstützer des internationalen Terrorismus ist.“ Die Strategie, mit der manche europäische Staaten eine nukleare Bewaffnung Irans verhindern möchten, unterscheidet sich von der Strategie der USA. „Wir sind davon überzeugt, dass sie sich grundsätzlich irren,“ sagte Pompeo.

Auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 30. Juni wurden dieselben Argumente wiederholt. Iran sei keine „verantwortungsbewusste Demokratie“ und müsse zur Rechenschaft gezogen werden, zitierte dpa Pompeo. „Hört auf die Länder der Region, auf Israel, die Golf-Staaten, die Länder im Mittleren Osten, die am meisten den Nachstellungen Irans ausgesetzt sind. Sie sprechen mit einer Stimme: ‚Verlängert das Embargo‘.“ Wenn das Embargo aufgehoben werde, werde Iran „ein Damoklesschwert über die wirtschaftliche Stabilität im Mittleren Osten halten und damit Länder wie Russland und China gefährden, die auf stabile Energiepreise angewiesen sind,“ sagte der Minister bei der virtuellen Ratssitzung. Russland und China sprachen sich gegen den US-Antrag aus. Sie warfen den USA vor, ihren „maximalen Druck“ gegen Iran nun auch dem Sicherheitsrat aufzwingen zu wollen. Irans Außenminister Sarif erklärte, die USA hätten nicht nur einer internationalen Vereinbarung (dem Atomabkommen) Absage erteilt, sie hätten auch versucht, andere Unterzeichner zum Austritt zu bewegen. Das sei ein Angriff gegen die Friedensbemühungen der Staatengemeinschaft. Das Abkommen bilde ein ganzes Paket, wozu auch die Aufhebung des Embargos gehöre. Es sei nicht zulässig, einen Teil herauszunehmen. Über den Antrag der USA, das Embargo zu verlängern, wurde noch nicht abgestimmt.

NEUE DATEN ÜBER DIE IRANISCHE WIRTSCHAFT

Die vom Iranischen Zentrum für Statistik am 12. Juni vorgelegten Daten zeigen, dass das Bruttosozialprodukt in dem Zeitraum vom März 2019 bis März 2020 – die Ölproduktion nicht mit einberechnet – um sechs Prozent gewachsen, aber mit der Ölproduktion um sieben Prozent gesunken ist. Demnach erweist die Landwirtschaft ein Wachstum von drei Prozent, der Bereich Industrie und Bergbau hingegen einen Rückgang um 14,7 Prozent und der Bereich Dienstleistungen einen Rückgang um drei Prozent. Die Bauwirtschaft verzeichnete mit 6,1 Prozent Wachstum die höchste Steigerung.

Die iranische Wirtschaft stand auch im Jahr davor unter dem Druck der Sanktionen. Doch der Druck und die daraus resultierende Krise steigerten sich durch die landesweiten Unruhen im November, die verschärften Konflikte mit den USA, den Anschlag gegen General Ghassem Soleimani, den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine und schließlich durch die Corona-Krise.

Nach Einschätzung der Weltbank wird die iranische Wirtschaft im laufenden Jahr um 5,3 Prozent schrumpfen, aber im nächsten Jahr um 2,1 Prozent wachsen.

Drei Wochen zuvor hatte die iranische Zentralbank erklärt, die iranische Wirtschaft habe einen „Schock“ erlebt. Es gelte nun, die Inflation in Griff zu bekommen. Die Rate liegt derzeit bei 22 Prozent.

Das Forschungszentrum des Parlaments schätzt, dass Irans Wirtschaft im laufenden Jahr einen Rückgang von mindesten 7,5 Prozent und höchsten 11 Prozent erleben wird. Die Zahl der Arbeitslosen werde infolge der Corona-Krise bei mindesten 2,87 Millionen und höchsten bei 6,5 Millionen liegen. Wirtschaftsminister Farhad Dejpasand erklärte am 7. Juni vor dem Parlament, der Schaden, den die Corona-Epidemie dem Nettosozialprodukt in diesem Jahr zugefügt habe, liege bei 15 Prozent. Es gehe nun darum, die Nachfrage zu erhöhen. Weiter sagte er: „Wir müssen alles daran setzen, um unsere Wirtschaft, unabhängig von den Öleinnahmen, zu gestalten. Wir müssen unser Steuersystem reformieren.“ Steuern seien die wichtigste Quelle, um ohne Öleinnahmen auszukommen.

ÖLEINNAHMEN DRASTISCH GESUNKEN

Eshagh Dschahangiri, erster Stellvertreter des Präsidenten, erklärte am 13. Juni, die Gesamteinnahmen Irans aus dem Ölexport seien infolge der Sanktionen im vergangenen Jahr (März 2019 bis März 2020) auf 8 Milliarden Dollar gesunken. „Wir waren das Land, das jährlich mehr als 100 Milliarden Dollar Einnahmen durch den Ölexport erzielte. Doch nun sind die Einnahmen auf acht Milliarden Dollar gesunken. Das macht sich überall, vor allem im Staatshaushalt bemerkbar,“ sagte der Vizepräsident. Seit zwei Jahren wird der iranische Ölexport durch die USA boykottiert. Vor dieser Zeit lag der Ölexport bei 2,8 Millionen Barrel pro Tag. Beobachter schätzen nun, dass Iran derzeit nicht mehr als 300.000 Barrel pro Tag exportiert.

„Die Menschen in unserem Land müssen wissen, dass wir mit Sanktionen und der Corona-Krise konfrontiert sind. Allein das Corona-Virus hat in vielen Ländern der Wirtschaft großen Schaden zugefügt. Selbst die Amerikaner und Europäer haben erklärt, dass die Welt eine solche Bedrohung der Wirtschaft seit hundert Jahren nicht erlebt hat,“ sagte Dschahangiri weiter.

Einige Tage zuvor hatte Präsident Rohani erklärt, seit Beginn der Sanktionen seien die Staatseinnahmen um jährlich 50 Milliarden Dollar gesunken. „Die Amerikaner haben mit ihren Sanktionen ihr Knie auf die Kehle des iranischen Volkes gedrückt, mit dem Ziel, dass der Druck einen Mangel an Energie, Wasser, Strom, Gas, Nahrungsmittel und Medikamenten erzeugt, was schrittweise zum Sturz des Staates und zu einem Regimewechsel führt.“ Ähnlich äußerte sich Dschahangiri. „Die Amerikaner haben Irans Entwicklung erschwert, aber ihr Ziel nicht erreicht. Sie wollten Irans Wirtschaft zerstören. Doch unsere Wirtschaft steht immer noch aufrecht und entwickelt sich,“ sagte er.

„Sicherlich ist der Alltag für die Menschen in unserem Land schwerer geworden. Das spüren wir zutiefst. Deshalb setzt die Regierung alles daran, um die Last, die auf den Schultern eines jeden einzelnen liegt, schrittweise zu mildern.“ Bereits am 2. Juni hatte Mohammad Bagher Nobacht, Leiter der Planorganisation, erklärt, dass Irans Öleinnahmen auf unter 9 Milliarden Dollar im Jahr gesunken seien. Das sind die niedrigsten Einnahmen seit 25 Jahren und weit weniger als die Summe, die die Regierung im Haushalt vorgesehen hat. Im Herbst vergangenen Jahres hatte Nobacht die Öleinnahmen auf 60 Milliarden Dollar geschätzt und angekündigt, diese Einnahmen würden zum großen Teil in Aufbauprojekten investiert.

In der Haushaltsvorlage der Regierung war für das laufende Jahr 50 Milliarden Dollar Einnahmen durch den Ölexport vorgesehen. Doch angesichts der gegenwärtigen Lage, der Schärfe der Sanktionen, der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und des billigen Ölpreises auf dem Weltmarkt ist diese Kalkulation völlig unrealistisch.

Rohani kritisiert Blockierung von Milliarden Dollar iranischen Guthabens in Südkorea
Irans Präsident Hassan Rohani hat in einem Telefonat mit dem Direktor der Zentralbank, Abdol Nasser Hemmati, die Blockierung von Milliarden Dollar iranischen Guthabens in Südkorea kritisiert und ihn aufgefordert, „diplomatische und juristische Wege zu finden, um

Iran zu ermöglichen, diese Finanzquellen zu nutzen,“ berichtete die Regierungshomepage. Nach Meinung des Vorsitzenden der iranisch-koreanischen Handelskammer besitzt Iran bei koreanischen Banken ein Guthaben in Höhe von 6,5 bis 9 Milliarden Dollar, über die jedoch die Regierung aufgrund amerikanischer Sanktionen nicht verfügen kann. Rohani sagte, es sei nicht nachvollziehbar, dass Südkorea „Gelder, die wir für den Import von Medikamenten, medizinischen Geräten und Grundnahrungsmittel ausgeben wollen, nicht freigibt. Wir erwarten, dass die südkoreanische Regierung so rasch wie möglich die Einschränkung aufhebt.“ Südkorea gehörte zu jenen Staaten, denen die USA für eine befristete Zeit eine Ausnahmegenehmigung erteilt hatten, um aus Iran Öl importieren zu können. Doch das Land hatte vor Ablauf der Frist den Ölimport aus Iran eingestellt. Bis dahin war Südkorea nach China und Indien das Land, das am meisten iranisches Öl importierte.

IRANISCH-TÜRKISCHE GRENZEN WIEDER OFFEN

Wie die dpa am 4. Juni meldete, wurden die Grenzen zwischen Iran und der Türkei wieder geöffnet. Neben dem Grenzübergang Gürbulak nach Iran, sei auch der Übergang Habur zum Irak wieder in Betrieb, twitterte die türkischen Handelsministerin Ruhsar Pekcan. Auch Teheran bestätigte die Grenzöffnung für Frachttransporte. Die Wiedereröffnung sei auf Initiative der Präsidenten beider Staaten erfolgt, sagte ein Sprecher der Zollverwaltung, einem Bericht der dpa zufolge, die sich auf eine Meldung der iranischen Nachrichtenagentur Irna beruft. Die Grenzen waren seit dem 22. Februar geschlossen. Nun gibt es wieder freie Fahrt für Transporter, allerdings unter Einhaltung der Gesundheitssicherheitsprotokolle. Auch Pekcan kündigte weitere gesundheitliche Maßnahmen an. Zwischen der Türkei und Iran bestehen rege Handelsbeziehungen. Die Sperrung der Transportwege wegen der Corona-Epidemie hatte für beide Staaten erhebliche Verluste zufolge.

AUSSENPOLITIK

Gefangenenaustausch zwischen Iran und USA / Festnahme Trumps bei Interpol beantragt / Iran lehnt Freilassung von Adelkhah ab / Unstimmigkeiten zwischen Iran und Afghanistan / Zwölf Tote bei Luftangriffen in Syrien / Medizinische Hilfe und Lebensmittel für Venezuela / Neue US-Sanktionen gegen Syrien verurteilt / Frankreich soll nun die Flugschreiber der abgeschossenen ukrainischen Maschine untersuchen / UN-Generalsekretär: Raketen gegen Saudi-Arabien stammen aus Iran / Iraker nehmen pro-iranische Milizen fest / Klor-Berchtold verlässt Iran

GEFANGENENAUSTAUSCH ZWISCHEN IRAN UND USA

Ohne es so zu nennen, fand in diesem Monat zwischen Iran und den USA ein Gefangenenaustausch statt. Am 2. Juni kündigte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif an, er habe eine „gute Nachricht“ mitzuteilen. Der in den USA inhaftierte iranische Wissenschaftler Sirius Asgari sei aus dem Gefängnis entlassen worden und befinde sich bereits auf dem Weg nach Iran. Zuvor hatte bereits das Teheraner Außenministerium erklärt, „das Thema Asgari ist beendet, möglicherweise wird er in zwei, drei Tagen nach Iran zurückkehren.“ Als Grund der Freilassung wurde der Ausbruch der Corona-Krankheit in der Haftanstalt genannt, zugleich wurde aber von einem Gefangenenaustausch gesprochen.

Der 59-jährige Asgari ist Professor an der Technischen Universität Scharif in Teheran. Er war 2016 in den USA wegen des Diebstahls von Industriegeheimnissen während seines Forschungsaufenthalts in dem Land festgenommen worden. Der Prozess gegen ihn dauerte fast drei Jahre. Am Ende wurde er von einem Revisionsgericht freigesprochen.

Doch die Polizei nahm ihn in Abschiebehaft. Vor einem Monat hieß es, er sei mit dem Corona-Virus infiziert. In einem Interview mit Guardian protestierte er dagegen, dass die Einwanderungsbehörde ihm die Ausreise verweigere. In der Haftanstalt mangle es an hygienischen Einrichtungen und Maßnahmen. Die Verhältnisse seien „inhuman.“

Nach diesem Interview berichtete die Agentur Reuters von einem möglichen Gefangenen austausch zwischen Teheran und Washington. Der iranische Regierungssprecher Ali Rabii erklärte auf Twitter, Teheran sei bereit, ohne Vermittler, direkt mit Washington über Austausch von Gefangenen zu verhandeln.

Einen Tag nach der Freilassung von Asgari wurde der Amerikaner Michael White, ein Marineveteran, nach zweijähriger Haft in Iran, aus dem Gefängnis in Maschad, im Nordosten Irans, freigelassen. Sowohl Washington als auch Teheran dementierten, dass es sich dabei um einen Gefangenen austausch handele.

White war nach eigenen Angaben 2018 nach Iran gereist, um persönlich einer Frau zu begegnen, die er im Internet kennengelernt hatte. Er wurde unter dem Vorwurf festgenommen, Revolutionsführer Chamenei beleidigt und sich im Internet feindlich gegen die Islamische Republik geäußert zu haben. Im März wurde White wegen der Corona-Epidemie aus dem Gefängnis entlassen und in die Obhut der Schweizer Botschaft in Teheran übergeben, unter der Bedingung, Iran nicht zu verlassen. Nach seiner Freilassung flog er mit einer Schweizer Maschine nach Zürich, wo er von dem Iran-Bbeauftragten der US-Regierung Brian Hook in Empfang genommen wurde. Seine Mutter sagte: „Ich bin glücklich, mitteilen zu können, dass der Albtraum vorbei ist und mein Sohn sich in Sicherheit auf dem Heimweg befindet.“ Bei seiner Ankunft in den USA bedankte sich White bei Präsident Trump, der sich für seine Befreiung eingesetzt habe.

Whites vorzeitige Entlassung löste bei US-Präsident Donald Trump große Freude aus. Ein „Dank an Iran,“ twitterte er und forderte Teheran auf, mit Washington zu verhandeln. Die Freilassung Whites zeige, dass Vereinbarungen möglich seien. In einem weiteren Tweet schrieb er: „Dank an Iran, wartet nicht, bis zu den nächsten Wahlen, um ein großes Abenteuer zu erzeugen, ich werde siegen, jetzt könnt ihr ein besseres Abkommen erzielen.“ Auch Außenminister Mike Pompeo würdigte „das konstruktive“ Vorgehen der iranischen Behörden. Zugleich forderte er die Freilassung weiterer US-Bürger, die sich iranischer Haft befinden.

Einen Tag nach Whites Entlassung wurde ein weiterer Iraner aus amerikanischer Haft entlassen. Der iranische Arzt Madschid Taheri wurde beschuldigt, gegen US-Sanktionen verstoßen zu haben. Er hatte vor 22 Jahren die amerikanische Staatsbürgerschaft bekommen und führte in Florida eine Praxis. Nun wurde er nach 16-monatiger Haft aus dem Gefängnis entlassen. Der Richter meinte, er habe seine Strafe ausreichend verbüßt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis erklärte Taheri, die Anschuldigungen gegen ihn seien „falsch und ungerecht“ gewesen. Er sei mit der Entwicklung eines Impfstoffs gegen Krebs beschäftigt gewesen. Irans Außenminister Sarif zeigte sich glücklich über die Freilassung der beiden Iraner. Diese Vorgehensweise sollte nicht nur Wenige betreffen, sie könne bei allen Gefangenen angewendet werden, betonte er.

Demgegenüber sagte der Sprecher der Justiz, Gholam Hossein Esmaili, gerichtet an die iranische Regierung: „Versprecht nicht, alle ausländische Gefangenen frei zu lassen, ohne die Zustimmung der Justiz eingeholt zu haben.“ „Für die Gefängnisse und Gefangenen ist die Justiz zuständig. Ohne die Einbeziehung der Justiz können keine Verhandlungen über Gefangene geführt werden, geschweige denn über deren Freilassung.“ Die Freilassung Whites sei aus „humanitären Gründen“ erfolgt. Er sei vor seiner Festnahme HIV-infiziert gewesen. Möglicherweise hätte ein weiterer Aufenthalt im Gefängnis seine Gesundheit gefährdet.

Obwohl sowohl die USA als auch Iran erklärten, dass sie nicht über einen Gefangenen austausch miteinander verhandelt hätten, und obwohl Revolutionsführer Chamenei immer wieder betont, dass zwischen Teheran und Washington keine Verhandlung geführt werden dürfen, bestätigte Abbas Mussawi, Sprecher des Außenministeriums, dass Sarif vor einigen Monaten den ehemaligen Gouverneur des

Bundesstaates New Mexico, Bill Richardson, getroffen habe. Auch Irans Botschafter bei der UNO, Madschid Tachtrawantschi, hatte an dem Treffen teilgenommen. Offenbar hat es doch Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch gegeben, obwohl der Beauftragte des Revolutionsführers im Nationalen Sicherheitsrat, Ali Schamchani, weiterhin behauptet, es habe keine Verhandlungen gegeben und es werde auch in Zukunft keine Verhandlungen geben. Schamchani, Generalsekretär des Rates, twitterte laut den Agenturen Tasnim und Fars: „Trumps Verhalten, sowohl in Bezug auf internationale Angelegenheiten als auch bei der Bewältigung der Corona-Krise sowie bei der rassistischen Reaktion auf die Unruhen im Innern des Landes sind so katastrophal, dass sein Stab keinen anderen Ausweg mehr sieht, als vermeintliche Erfolge zur Schau zu stellen. Der Austausch der Gefangenen war nicht das Ergebnis von Verhandlungen. Es wird auch in Zukunft keine Verhandlungen geben.“

Trotz dieser Behauptung twitterte Sarif am 5. Juni in englischer Sprache an Trump gerichtet: „Wir haben trotz Weigerung Ihrer Mitarbeiter einen humanitären Austausch vereinbart. Auch damals, als Sie Ihr Amt übernommen haben, gab es ein Abkommen zwischen uns. Weder Iran noch die anderen Unterzeichner des Abkommens haben den Tisch der Verhandlungen verlassen. Ihre damaligen Berater, von denen die meisten inzwischen entlassen worden sind, haben ein törichtes Spiel riskiert. Sie haben nun zu entscheiden, wann Sie den Fehler korrigieren.“

Der frühere iranische Diplomat Hossein Alisadeh sagte in einem Interview mit der BBC, „wichtig ist, dass zwischen Teheran und Washington ein, wenn auch kleiner, Verhandlungskanal existiert.“ Iran habe den ersten Schritt unternommen, weil die Vermutung besteht, dass Trump weiter im Amt bleibt. Daher will Teheran testen, ob nach der Präsidentenwahl der Kanal vergrößert werden könne oder nicht.

Die neueste Stellungnahme stammt von Brian Hook, der erklärte, die Tür zur Verhandlung über das iranische Atomprogramm und über andere Themen sei offen, doch vorerst werde über den Austausch von Gefangenen verhandelt. Trump möchte prüfen, ob Iran „auf unsere Diplomatie mit Diplomatie reagiert.“ Hook äußerte die Hoffnung, dass Teheran und Washington die Verhandlungen über den Austausch von weiteren Gefangenen fortsetzen und auch über andere Themen direkt miteinander verhandeln können. „Wir möchten gerne direkt mit Teheran verhandeln, um rascher Ergebnisse erzielen zu können.“

FESTNAHME TRUMPS BEI INTERPOL BEANTRAGT

Wie die Teheraner Staatsanwaltschaft am 29. Juni bekannt gab, hat sie im Zusammenhang mit dem Mord an dem iranischen General Ghassem Soleimani bei der internationalen Polizeibehörde die Festnahme von 26 Personen, darunter die des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, beantragt. Die 26 Personen, bestehend aus Militärs und Politiker, seien direkt an dem Verbrechen beteiligt gewesen. Der Antrag gelte auch dann, wenn Trump sein Amt verlieren sollte. Soleimani war Anfang Januar in der Nähe des Bagdader Flughafens durch amerikanische Drohnen gezielt getötet worden. Trump hatte damals Soleimani als „Terrorist Nummer eins in der Welt“ bezeichnet und erklärt, er habe persönlich seine Tötung veranlasst.

Bereits vor Wochen hatte Vizeaußenminister Mohssen Baharwand, der für juristische Angelegenheiten zuständig ist, erklärt, sein Ministerium sei dabei, juristisch gegen den Mordanschlag vorzugehen und werde dabei von der Justiz, dem Informationsministerium und den Revolutionsgarden unterstützt.

Ein Sprecher von Interpol sagte am 29. Juni in einem Interview mit der BBC, seine Behörde werde einen derartigen Antrag nicht akzeptieren. Denn laut ihrer Satzung dürfe sie sich in politische, militärische und religiöse Angelegenheiten nicht einmischen. Der Iran-Beauftragte der US-Regierung Brian Hook meinte, der Antrag der iranischen Staatsanwaltschaft sei propagandistisch, niemand werde ihn ernst nehmen.

IRAN LEHNT FREILASSUNG VON ADELKHAH AB

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron forderte die iranische Justiz auf, die iranisch-französische Staatsbürgerin Fariba Adelkhah freizulassen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass sie noch im Gefängnis ist,“ twitterte er. Ihre Festnahme und Haft seien willkürlich. „Meine Botschaft an die iranischen Behörden: Das Recht erfordert die sofortige Freilassung unserer Landsfrau.“ Auch Frankreichs Außenminister Jean Yves Le Drian warnte vor der Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen Teheran und Paris.

Adelkhah war im Juni 2019 vor ihrem Abflug nach Frankreich auf dem Teheraner Flughafen festgenommen worden. Ihr wurden Verstöße gegen die nationale Sicherheit Irans und Propaganda gegen die Islamische Republik vorgeworfen. Ein Revolutionsgericht verurteilte die 61-jährige Anthropologin zu sechs Jahren Gefängnis. Auch ihr Lebensgefährtin und Kollege Roland Marchal, der Adelkhah in Teheran besuchen wollte, wurde festgenommen, doch er kam im vergangenen März im Zuge eines Gefangenenaustauschs frei. Iran lehnte die Forderung Frankreichs ab. „Eine Iranerin mit Wohnsitz in Frankreich ist wegen eines Verstoßes zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden und auch politischer Druck wird dieses Urteil nicht ändern,“ sagte Außenamtssprecher Abbas Mussawi am 5. Juni vor der Presse.

UNSTIMMIGKEITEN ZWISCHEN IRAN UND AFGHANISTAN

Erst fünf Monate nach den turbulenten Wahlen in Afghanistan führte Präsident Hassan Rohani mit seinem neu gewählten Amtskollegen in Afghanistan, Aschraf Ghani, ein Telefongespräch. Dabei versicherte er ihm, dass Teheran sich für die rasche Entwicklung und für Frieden und Sicherheit des Nachbarlandes einsetzen werde, berichtete Irna am 1. Juni. In der Corona-Krise erhielten die afghanischen Geflüchteten in Iran kostenlose medizinische Versorgung und Iran werde der afghanischen Regierung, soweit wie möglich, beim Kampf gegen das Virus beistehen.

Iran hatte an den Feierlichkeiten zum Sieg Ghanis nicht teilgenommen und einen Botschafter nicht zur Teilnahme an der Vereidigung des neuen Präsidenten geschickt. Damals waren Gerüchte über gegenseitige Ausweisungen von Diplomaten aus Iran und Afghanistan im Umlauf. Doch Teheran sprach nachträglich von „normalen Umbesetzungen.“

Anlass des Konflikts war eine Äußerung des iranischen Botschafters Bahador Aminia, in Kabul, der im Zuge der Verschärfung der Konflikte zwischen Iran und den USA gesagt hatte, Iran werde Afghanistan militärisch nicht angreifen, aber über mögliche Angriffe gegen amerikanische Stützpunkte in Afghanistan werde man später entscheiden. Daraufhin wurde der Botschafter ins Kabuler Außenministerium einbestellt.

Danach hat es öfter Kontakte zwischen iranische Diplomaten und der afghanischen Regierung gegeben. Außenminister Mohammad Dschawad Sarif hatte sowohl mit dem Präsidenten als auch dem Außenminister Gespräche geführt. Doch nach Meinung politischer Beobachter ging es dabei mehr um die Schlichtung zwischen Ghani und seinem Rivalen Abdullah. Es scheint nun, dass Teheran erst jetzt, nach der erzielten Einigung zwischen beiden Politikern, bereit ist, die Regierung in Kabul anzuerkennen.

Große Unstimmigkeiten gab es zwischen den Nachbarstaaten, nachdem iranischen Grenzbeamte 46 Afghanen beim Grenzübertritt festgenommen, gefoltert und in einen Fluss jenseits der Grenze hineingetrieben hatten, wobei nach afghanischer Darstellung zwölf von ihnen ertranken und zwölf noch immer vermisst werden.

Nun betonte Rohani, politisch sei Iran bestrebt seine freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, insbesondere zu Afghanistan, auszuweiten. „Wir betrachten die Sicherheit und Stabilität Afghanistans als gleichwertig mit der Sicherheit und Stabilität unseres eigenen Landes,“ sagte er. „Wir sind davon überzeugt, dass Konflikte sich durch Gespräche beilegen lassen. Wir stehen weiterhin an der Seite des afghanischen Staates und des afghanischen Volkes,“ sagte Rohani.

Ghani wünschte Irna zufolge, Iran beim Kampf gegen das Corona-Virus viel Erfolg und bedankte sich für die medizinische Versorgung der afghanischen Flüchtlinge.

Allem Anschein nach ist es nun gelungen, die Konflikte zwischen den beiden Staaten auf diplomatischem Weg beizulegen. Abbas Mussawi, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, sagte, die Beziehungen zwischen Iran und Afghanistan seien „sehr wichtig.“ „Wir haben die Geschichte über die in den Fluss getriebenen Afghanen in Gesprächen mit unseren Kollegen in Kabul geklärt.“

Doch die nun entstandene freundschaftliche Atmosphäre wurde wenige Tage später durch ein neues Ereignis getrübt. Ein Fahrzeug mit 14 Personen (eine Person stammte aus Pakistan, die anderen aus Afghanistan) wurde in der Nähe der Stadt Yasd, im Süden Irans, von der Polizei beschossen, es geriet in Brand, wobei drei Personen starben und acht Personen zum Teil schwere Brandverletzungen erlitten. Nach iranischer Darstellung war das Fahrzeug trotz Aufforderung der Polizei, es solle anhalten, weitergefahren. Daraufhin hatte die Polizei auf die Reifen geschossen, trotzdem sei das Fahrzeug ohne Luft in den Reifen weitergefahren und sei deshalb in Brand geraten.

Am 6. Juni begab sich der afghanische Botschafter zu dem Ort des Geschehens und führte Gespräche mit den Verantwortlichen. Bei dem Besuch der Verletzten sah er einen jungen Mann mit einem Bein in Gips und einer Hand, die mit einer Handschelle an dem Bett festgebunden war. Diese Szene, die auf Video aufgenommen worden war, löste in Afghanistan heftige Proteste aus. Ein afghanischer Reporter schrieb, „wenn Iran vor Afghanistan Respekt hätte, hätten die Verantwortlichen dem Verletzten wenigstens beim Besuch des Botschafters die Handschelle abgenommen.“

Nach diesem Ereignis beschloss der Nationale Sicherheitsrat Afghanistans, eine hochrangige Delegation nach Iran zu schicken, um klar zu stellen, dass sich derlei Ereignisse nicht wiederholen dürften. In einer Erklärung des Außenministeriums in Kabul heißt es: „Afghanistan bedankt sich für die iranische Gastfreundschaft, die den afghanischen Migranten zuteilwird und fordert die iranische Regierung auf, afghanischen Bürgern mehr entgegen zu kommen und mit ihnen zu kooperieren.“

Am 23. Juni berichtete das Außenministerium in Kabul, dass sich die nach Iran gesandte Delegation mit den iranischen Behörden geeinigt habe. Das Ministerium veröffentlichte den Text einer gemeinsamen Vereinbarung, die aus 15 Punkten besteht, die vor allem die „strategische Zusammenarbeit zwischen Teheran und Kabul, Unterstützung des Friedensprozesses in Afghanistan und Maßnahmen zur Fürsorge für afghanische Migranten und Flüchtlingen in Iran“ betreffen. Zu den jüngsten Ereignissen, die auch Menschenopfer gebracht haben, wurden Informationen ausgetauscht. Beide Seiten versicherten, dass sie alles tun werden, um Wiederholungen zu verhindern. Es wurde vereinbart, die Sicherheitsmaßnahmen zur Kontrolle der Grenzen zu verstärken und dafür zu sorgen, dass keine illegalen Grenzübergänge mehr stattfinden.

ZWÖLF TOTE BEI LUFTANGRIFFEN IN SYRIEN

Einem Bericht der AFP vom 7. Juni zufolge wurden mindestens zwölf pro-iranische Kämpfer bei Luftangriffen in Syrien getötet. Wie die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in Großbritannien mitgeteilt habe, hätten die acht Luftangriffe kurz vor Mitternacht in der Provinz Deir Ezzor stattgefunden. Die getöteten Aktivisten stammten aus Afghanistan und Irak. Vor welcher Seite die Angriffe ausgingen, konnte nicht festgestellt werden. Doch die Beobachtungsstelle vermutet laut AFP, die israelische Luftwaffe sei für die Angriffe verantwortlich.

AFP berichtete am 24. Juni von einem weiteren Angriff, bei dem zwei syrische Soldaten und fünf iranische Milizen getötet wurden. Die Agentur beruft sich wiederum auf Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Die beiden Soldaten seien auf einem Militärstützpunkt in Tel al-Sahan in der südlichen Provinz Sueda und die Milizen im Gebiet zwischen Kababedsch in der östlichen Provinz Deir Ezzor und der Region al-Suchna in der zentralsyrischen Provinz Homs ums Leben gekommen.

MEDIZINISCHE HILFE UND LEBENSMITTEL FÜR VENEZUELA

Wie dpa am 9. Juni berichtete, hat Venezuela neben Benzin und chemischen Produkten, nun auch medizinische Hilfe wie Testkits und andere medizinische Güter aus Iran erhalten. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro werde sich sobald wie möglich bei einem Besuch in Teheran für die Unterstützung bedanken, sagte Planungsminister Ricardo Menedez im staatlichen Fernsehen. Wie zuvor angekündigt, wollen Iran und Venezuela ihre Wirtschaftsbeziehungen erheblich ausweiten und in verschiedenen Bereichen Abkommen schließen, vor allem in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Technik, Gesundheit und Militär, berichtete dpa.

Am 22. Juni berichtete dpa, das Schiff „Golestan“ mit Lebensmitteln an Bord habe Venezuela erreicht. Damit werde, wie die iranische Botschaft in Caracas mitteilte, der landesweit erste iranische Supermarkt eingerichtet werden. Mangel an Devisen sowie US-Sanktionen haben dazu geführt, dass Venezuela nur unter schweren Bedingungen Lebensmittel und Medikamente importieren kann.

NEUE US-SANKTIONEN GEGEN SYRIEN VERURTEILT

Außenamtssprecher Abbas Mussawi verurteilte am 18. Juni, die neuen US-Sanktionen gegen Syrien. „Diese Sanktionen sind gegen internationale Vorschriften und zugleich unmenschlich, weil sie auch die Menschen in Syrien treffen,“ sagte er. Selbstverständlich werde Iran die Sanktionen nicht beachten und seine enge Zusammenarbeit mit Syrien fortsetzen. Washington hatte gegen 39 Personen Strafmaßnahmen beschlossen. Dazu gehören auch Präsident Bashar Assad, seine Frau Asma und sein Bruder Mahin.

FRANKREICH SOLL NUN DIE FLUGSCHREIBER DER ABGESCHOSSENEN UKRAINISCHEN MASCHINE UNTERSUCHEN

Einem Bericht der AFP vom 22. Juni zufolge hat die iranische Regierung angekündigt, die Flugschreiber (auch Blackbox) der vor fünf Monaten abgeschossenen ukrainischen Passagiermaschine „in den nächsten Tagen“ zur Untersuchung nach Frankreich zu schicken. Zu diesem Schritt habe man sich bereits „vor einiger Zeit“ entschieden, sagte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif nach einem Telefongespräch mit seinem kanadischen Amtskollegen Francois-Philippe Champagne.

Der Abschuss fand am 8. Januar statt. Es dauerte einige Tage, bis die Revolutionsgarden zugaben, dass sie die Maschine „aus Versehen“ abgeschossen hätten. Bei dem Abschuss kamen 176 Personen, zum großen Teil iranische Staatsbürger, ums Leben. Auch kanadische und ukrainische Staatsangehörige waren unter den Toten. Daher hatten die Regierungen beider Staaten Iran aufgefordert, die Flugschreiber nach Frankreich zu schicken. Frankreich gehört zu den wenigen Ländern, die technisch zur Auswertung in der Lage sind. Iran weigerte sich zunächst, verzögerte die Übergabe unter dem Vorwand, die Flugschreiber seien zu stark beschädigt und daher nicht auszuwerten. Dann kamen die Corona-Pandemie und damit Flugeinschränkungen. Nun wolle man sie doch auf den Weg bringen, sagte Sarif.

Dänemark hat den saudischen Botschafter wegen Spionage gegen Iran einbestellt. Jeppe Kofod, Dänemarks Außenminister, hat den saudischen Botschafter in Kopenhagen im Zusammenhang mit der Verhaftung von drei Personen, die unter dem Verdacht des Terrorismus festgenommen wurden, einbestellt. Den Angaben der dänischen Polizei zufolge wird den Festgenommenen vorgeworfen, in den Jahren zwischen 2012 und 2018 in Zusammenarbeit mit dem saudischen Geheimdienst, den Terrorismus in Iran finanziert und verbreitet zu haben. Sie sind Mitglieder der „Arabische Bewegung zur Befreiung von Ahwas“ (ASMLA), einer Gruppe, die das Ziel verfolgt, die im Südwesten Irans gelegene Provinz Chusistan, in der die meisten Bewohner Arabisch sprechen, von Iran zu trennen.

und daraus einen arabischen Staat zu bilden. Sie sind dieselben Personen, die nach dem mörderischen Anschlag vor zwei Jahren in der Provinz Chusistan einem Attentat in Dänemark entkamen.

„Wir dulden unter keinen Umständen solche Aktivitäten in unserem Land,“ sagte Kofod.

„Auch unser Botschafter in Riad hat dies der saudischen Regierung mitgeteilt.“ Auch Dänemarks Chef des Inlandsnachrichtendienstes Finn Borch Andersen sagte: „Es ist völlig unakzeptabel, wenn ausländische Geheimdienste ihre Auseinandersetzung auf dänischem Boden austragen und Dänemark als Finanzstützpunkt für Terrorismus benutzen.“

Nach dem misslungenen Attentatsversuch gegen die drei Personen beschuldigte Dänemark Iran, das Attentat geplant zu haben, um sich für den Anschlag in Chusistan zu rächen. Iran bestritt jede Art von Beteiligung. Die daraus entstandene Unstimmigkeit führte dazu, dass Dänemark seinen Botschafter aus Teheran zurückholte.

Iran beschuldigt Saudi-Arabien, Separatisten in Iran zu unterstützen. Die Saudis bestreiten dies, beschuldigen ihrerseits Iran, schiitische Minderheiten in ihrem Kampf für Autonomie in Saudi-Arabien zu unterstützen. Einer Meldung der dpa vom 26. Juni zufolge hat ein dänisches Gericht in Roskilde einen 40-jährigen Iraner mit norwegischer Staatsbürgerschaft zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde beschuldigt, 2018 Informationen über einen im dänischen Exil lebenden Iraner an einen Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes weitergeleitet zu haben. Er soll dem Geheimdienst zudem Fotos und Videoaufnahmen zur Verfügung gestellt haben. Der Geheimdienst hatte einen Mordanschlag auf den Exil-Iraner geplant. Der Iraner soll einer der Anführer der Separatistenbewegung ASMLA sein.

UN-GENERALSEKRETÄR: RAKETEN GEGEN SAUDI-ARABIEN STAMMEN AUS IRAN

Wie die Agentur Reuters am 12. Juni berichtete, erklärte UN-Generalsekretär Antonio Guterres in seinem Bericht an den UN-Sicherheitsrat, die Raketen, die im September 2019 auf saudische Ölanlagen abgefeuert wurden und unter anderem Einrichtungen des Staatskonzerns Aramco zerstörten, stammten aus Iran. UN-Experten hätten die Reste der Raketen und Drohnen untersucht und festgestellt, dass sie ganz, oder Teile davon, aus Iran stammten. Der Bericht des Generalsekretärs gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass er zu einem Zeitpunkt vorgelegt wird, an dem die USA versuchen, zu verhindern, dass der Waffenboykott gegen Iran im Oktober aufgehoben wird. Gemäß der UN-Resolution 2231 wird der Waffenboykott aufgehoben, wenn Iran die im Atomabkommen vorgeschriebenen Verpflichtungen eingehalten hat. Ein wie auch immer gearteter Angriff gegen saudische Ölanlagen, sollte er nachgewiesen werden, könnte als Verstoß gegen die Resolution betrachtet werden, was als Grund für eine Verlängerung des Boykotts dienen könnte. Iran bestreitet jede Art von Beteiligung an dem Angriff. Für den Angriff haben die Huthis in Jemen die Verantwortung übernommen.

IRAKER NEHMEN PRO-IRANISCHE MILIZEN FEST

Zum ersten Mal haben irakische Sicherheitskräfte am 26. Juni überraschend einen Sitz der Kataib-Hisbollah-Miliz im Süden von Bagdad durchsucht, dabei 13 Kämpfer festgenommen und drei Raketenwerfer beschlagnahmt, meldete AFP unter Berufung auf Regierungsmitarbeiter. Der Sprecher der Koalitionsregierung versicherte den Medien gegenüber, an der Razzia hätten keine amerikanischen Soldaten teilgenommen. Sie wurde von Antiterrorereinheiten durchgeführt, die von Amerikanern ausgebildet wurden. Offenbar hat der verstärkte Druck der USA auf die irakische Regierung, endlich gegen die pro-iranischen Organisationen vorzugehen, die häufig amerikanische Stützpunkte mit Raketen attackieren, Wirkung gezeigt. Wie AFP berichtet, wurden amerikanische Militärbasen, die US-Botschaft und US-Ölfirmen seit Oktober mehr als 30 Mal mit Raketen angegriffen. Im März fielen zwei amerikanische Soldaten den Angriffen zum Opfer. Derzeit sind rund 5.200 US-Soldaten im Irak stationiert. Die USA machten die Kataib-Hisbollah-Miliz dafür verantwortlich. Die Organisation kann als Rückgrat der Haschd-al-Schaabi-Miliz

bezeichnet werden, die zwar offiziell zum irakischen Sicherheitsapparat gehört und damit der Regierung untersteht, aber weitgehend unabhängig von ihr agiert. Sie verfügt über einen großen Einfluss auf die Bevölkerung. Das erste Ziel der Kataib-Hisbollah-Miliz ist nach eigenen Angaben, „die Pläne der USA in der gesamten Region zu vereiteln und amerikanische Truppen aus Irak hinauszujagen.“

Nach dem Attentat gegen den iranischen General Ghassem Soleimani in der Nähe des Bagdader Flughafens Anfang Januar dieses Jahres hatte das Parlament in Bagdad den Abzug aller amerikanischen Soldaten aus dem Land beschlossen. Neben Soleimani wurde auch Abu Mahdi Mohandes, einer der Führer der Kataib-Hisbolla-Miliz, getötet. Damit erreichte das Verhältnis zwischen Bagdad und Washington einen Tiefpunkt. Zahlreiche Organisationen, allen voran pro-iranische Gruppen verlangten, den sofortigen Abzug der US-Militärs und drohten, so lange US-Truppen anzugreifen, bis der Abzug erfolgt sei. Der Regierungswechsel in Bagdad im Mai dieses Jahres brachte in den Beziehungen zwischen Irak und den USA eine Wende. Der neue Regierungschef, Mustafa Kadhemi, ehemaliger Geheimdienstchef, vereinbarte mit Washington eine Reduzierung der US-Einheiten. Diese soll schrittweise erfolgen. Die Festnahme der pro-iranischen Kämpfer kann als erster Schritt in Richtung Unabhängigkeit Iraks vom iranischen Nachbar aufgefasst werden.

KLOR-BERCHTOLD VERLÄSST IRAN

Wie das Nachrichtenportal Iran-Emrooz am 6. Juni meldete, ist Michael Klor-Berchtold, seit 2016 deutscher Botschafter in Iran, nach einem Berlin-Besuch nicht mehr nach Teheran zurückgekehrt. Er tritt die Nachfolge von Miguel Berger an und übernimmt die Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung im Auswärtigen Amt. Klor-Berchtold war, bevor er zum Botschafter in Iran ernannt wurde, Leiter des Krisenreaktionszentrums im Auswärtigen Amt, davor Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes. Wie die Bildzeitung schreibt, ist der vorzeitige Amtswechsel Klor-Berchtolds nicht aufgrund der Unzufriedenheit mit seiner Arbeit als Botschafter erfolgt, vielmehr sollte er einen höheren Posten erhalten.